Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Carl Wendemuth, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Kreßin, Leipzig. — Verlag der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Postanstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 106. Halle, Sonnabend den 11. Mai 1918. 2. Jahrgang.

Die Wohnungsnot vor dem Reichstage.

Im Reichstage wurde gestern über die die Wohnungsnot betreffenden Anträge und Petitionen Bericht erstattet.

Der Ausschuß selbst beantragt,

500 Millionen aus Reichsmitteln

zur Gewährung von Baugeldzuschüssen und billigen Darlehen sowie zur Bildung eines Wirtschaftsfonds bereitzustellen. Einen gleichen Betrag sollen die Bundesstaaten und Gemeinden für die Neubautätigkeit während der Uebergangszeit aufbringen; weiter wird beantragt, zur ersten Unterbringung Wohnungsloser zweckentsprechende Familienwohnbaracken zu errichten. Die Leitung einer planmäßigen und umfassenden Wohnungsansiedlung nach dem Kriege sowie die Organisierung aller hierfür im Reich vorhandenen öffentlichen und privaten Kräfte soll das Reichswirtschaftsamt als Zentralstelle für Uebergangswirtschaft übernehmen.

Abg. Jäger (Zentr.) (auf der Tribüne fast unverständlich) gibt der Genugtuung darüber Ausdruck, daß der Vizekanzler v. Payer zugesagt hat, daß das Reich sich der Wohnungsfrage annehmen werde, und hofft, daß die beantragten 500 Millionen Mark bereitgestellt werden.

Abg. Göhre (Soz.):

Nach dem Urteil sachverständiger Männer werden uns nach dem Kriege ungefähr ½ Million Kleinwohnungen fehlen. Dazu kommt, daß wir heute gar nicht in der Lage sind, diese Not, die wir deutlich kommen sehen, abzuhelfen, denn es fehlt an Materialien und Arbeitskräften. Ja, wir stehen heute schon in einer Wohnungsnot, so daß

die Hauswirte Mietaufschläge von 25—50 Prozent machen.

Täglich werden Frauen und Kinder obdachlos, deren Männer und Väter im Felde stehen. In Magdeburg sind jüngst an einem Tage über 100 Familien, 490 Personen, obdachlos geworden. Nun frage man sich nur, was werden soll, wenn die Krieger aus dem Felde zurückkehren. Wir will man die Massen unterbringen, und zwar gut unterbringen, denn darauf haben die Krieger berechtigten Anspruch. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

„Jedem Krieger eine eigene Heimstätte",

das ist den Feldgrauen andauernd versprochen worden. Nun stellen Sie sich die Enttäuschung, ja die Wut vor, wenn die Feldgrauen statt dessen ein Wohnungselend vorfinden, an das nur zu denken jetzt schon Grauen erregt. Es werden sich dann Vorgänge abspielen, gegen welche die Barrikadenkämpfe, die nach siebzigster Kriege in Berlin aus gleichem Anlaß entstanden, sich wie ein Kinderspiel ausnehmen. Mit allen Kräften müssen wir dafür sorgen, daß alles Menschenmögliche schon jetzt zur Herstellung von Wohungen vorbereitet wird.

Der Reichstag muß bei dieser Tätigkeit den Einpeitscher spielen.

Manches ist ja anerkennenswerterweise in Preußen, Bayern und andern Bundesstaaten und namentlich auch in vielen Gemeinden geschehen. Aber alles in allem ist das Resultat ein sehr mageres. 30—35 Millionen Mark Staatsgelder sind zur Verfügung gestellt worden, das sind nur wenige winzige Tropfen auf die allerheißesten Steine, die es zu trocknen gibt. Daneben haben wir eine Fülle von Verordnungen und Anregungen und ein halbes Dutzend Gesetze. Dazu kommt aber ein Organisationswirrwarr, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann. Die Zersplitterung aber bedeutet Lähmung aller Kräfte, Verlangsamung aller so dringend notwendigen Aktionen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In den Einzelstaaten haben wir noch immer den Gegensatz zwischen Verwaltungs- und Finanzminister.

Die Finanzminister wollen nichts hören von der Hergabe bedeutender Mittel für Wohnungsbau

und daher ist ein großzügiger Mobilmachungsplan gegen die Wohnungsnot nötig, eine Organisation aller staatlichen, kommunalen, genossenschaftlichen Kräfte. Diese Arbeit kann natürlich nur eine Stelle leisten, nicht viele nebeneinander. Die Wohnungsfrage ist längst Reichssache geworden; denn die Wohnungsfrage ist ein Teil des Bevölkerungsproblems. Die Urtiefkraft, die Gesundheit, die sittliche Kraft, der Zeugungskraft und der Zeugungswille der Bevölkerung hängt ab von der Art, wie sie wohnt. Die Zentralstelle kann natürlich nur das Reichswirtschaftsamt, die ausführenden Organe vor allem die Gemeinde sein. Wir freuen uns, daß der Vizekanzler in seiner Erklärung vor wenigen Wochen ausdrücklich den früheren Standpunkt aufgegeben hat, daß das Reich mit dieser Angelegenheit nichts zu tun hat. Freilich, mit der Schaffung eines vorzüglichen Rats ist nichts genügend geschehen. 3—4 Wochen nach dem Kriege werden vergehen, ehe die fehlenden Wohnungen da sein können. Wir müssen daher für diese Zeit für Wohnungsersatz sorgen. Mit aller Deutlichkeit müssen wir das unserm Volk sagen.

Was die Ernährungsfrage während des Krieges, kann die Wohnungsfrage nach dem Kriege werden,

eine Quelle von bitterem Verzicht auf hundert selbstverständliche Lebenshaltigkeiten. Wir müssen also für Ersatzwohnungen sorgen, und zwar für menschenwürdige. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Solche Spielereien, wie das Herrichten von 10 000 ausrangierten Eisenbahnwagen zu Arbeiterwohnungen oder das Umwandeln von Holzverschlägen, die draußen verdreckt und verlaust stehen, als Proletarierwohnungen, ebenso der Vorschlag, die Freizügigkeit einzuschränken — das sind geradezu frivole Pläne und Gedanken, die wir auf das leidenschaftlichste bekämpfen. (Zust. b. d. Soz.) Das würde ja geradezu die Verlängerung der elenden Unterstandsexistenz bis in den Frieden hinein bedeuten. Auf das nachdrücklichste warne ich vor solchen Spielereien, um die harmlosesse Bezeichnung zu gebrauchen. Auch die Freigabe von Dach- und Kellerwohnungen, die Umwandlung von Läden und Lagerräumen, die doch auch als solche gebraucht werden, die Zerschlagung größerer Wohnungen in kleinere, die der hohen Kosten wegen kaum in Betracht kommen, können in keiner Weise der Not abhelfen. Wir legen deshalb den größten Nachdruck auf den Punkt des Antrags:

zur ersten Unterbringung Wohnungsloser sind zweckentsprechende Familienbaracken zu errichten

und zu mäßigen Preisen zu vermieten! Den Hauptnachdruck legen wir auf Familienwohnbaracken. Eine Kardinalforderung ist ferner die rechtzeitige Erstellung der Baumaterialien. Ausschließen muß sich denn der Bau der fehlenden Dauerkleinwohnungen. Das Provisorium der Behelfswohnungen darf nur die allernotwendigste Zeit dauern. Eine organische Wohnungsreform in Gestalt von gesunden ästhetisch einwandfreien, wenn auch einfachen Wohnungen ist dann geboten. Jeder muß ein menschenwürdiges Heim haben, das ist der berechtigte Kerngedanke der Kriegerheimstättenbewegung. Wohnungspolitik muß ebenso andauernd betrieben werden wie jede sonstige Sozialpolitik. Diese Forderung ist durch den Krieg zu einer Forderung des ganzen Volks geworden. Es gilt diese jetzt zur Selbstverständlichkeit gewordene Forderung auch in die Tat umzusetzen. Schwer verwirklichen freilich läßt sich heute die Forderung der Bodenreformer nach einem besonderen Heimstättenrecht. Dazu sind die Verhältnisse zu verschieden und die Notwendigkeit der schnellen praktischen Betätigung aller in Betracht kommenden Kreise zu dringend. Die Gemeinnützigkeit der künftigen organischen Wohnungspolitik muß freilich unter allen Umständen gewahrt bleiben. Von einer Fesselung der Arbeiter an die Scholle darf keine Rede mehr sein.

Die erforderlichen Geldmittel müssen beschafft werden.

Das Privatkapital reicht dafür freilich nicht aus, hat auch z. B. an den Familienwohnbaracken kein Interesse. Hier müssen Reich und Einzelstaaten für die Kosten aufkommen. Ebenso ist der Kleinwohnungsbau sofort nach dem Kriege unrentabel, daher müssen auch hier Mittel der Allgemeinschaft zur Verfügung gestellt werden. Reich und Einzelstaaten müssen Baugeld und Hypotheken zu so billigen Zinssätz hergeben, daß die Verzinsung des Wertes der neuen Wohnung ohne Forderung zu hoher Mieten ermöglicht ist. Hat das Reich für den Neubau der Handelsflotte mehr als eine Milliarde zur Verfügung gehabt, so muß mindestens dieselbe Summe auch für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen. Wir fordern, daß das Reich und die Einzelstaaten je die Hälfte dieser Summe aufbringen. Nach der Antrittsrede des Herrn v. Payer dürfen wir erwarten, daß das Reich jedenfalls bereit sein wird, namhafte Summen für diese Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Hier liegt ein feierliches und festes Versprechen der Reichsregierung vor;

wir erwarten, daß uns alsbald eine entsprechende Vorlage zugeht. Unsere Anträge enthalten das mindeste, was gefordert werden muß, um eine schwere Wohnungskatastrophe von unserm Volke fernzuhalten. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Glaser (Natl.): Es harrt unser hier eine große Aufgabe. An Schaffensfreudigkeit fehlt es uns nicht, und so wird sich auch das scheinbar Unmögliche erreichen lassen hier in der Heimat wie draußen an der Front. Die Beteiligung des Reichs an der Lösung dieser Aufgabe halten wir für selbstverständlich, wenn auch die Hauptaufgabe auf diesem Gebiete den Einzelstaaten zufällt. Schon heute werden z. B. in Preußen eingehende Erhebungen über die bestehenden Wohnungen gemacht. Falsch ist es aber, wenn dabei immer wieder darauf hingewiesen wird, daß der Wohnungsbau Aufgabe der Gemeinden ist. Dazu sind die Gemeinden gar nicht imstande. Hier müssen vielmehr die Einzelstaaten und das Reich Kapital zur Verfügung stellen. Ohne die nötigen strategischen Sicherungen im Osten finden sich Privatkapitalisten aus dem Reiche nicht bereit, ihre Gelder z. B. in Ostpreußen festzulegen. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Um Uebergangsbauten wird man nicht herumkommen; auch mit dem Kleinwohnungsbau muß rasch begonnen werden. Den Kellerwohnungen stehe ich nicht so ablehnend gegenüber wie mein Vorredner. Natürlich müssen die Wohnungen menschenwürdig sein. Der Kriegerheimstättenbewegung stehen wir sympathisch gegenüber. (Bravo!)

Abg. Scheef (Freis. Vp.): Kellerwohnungen sind staatsgefährlich, wie mein Freund Naumann einmal gesagt hat. Der Reichstag müßte ausdrücklich Stellung gegen solche Wohnungen nehmen. Das Hauptgewicht wird auf die Neuschaffung von Wohungen zu legen sein. Der Heimstättenbewegung und ihrem Gründer sind wir großen Dank schuldig. Es muß eine Zentralstelle in jedem Bundesstaat geschaffen werden, die planmäßig an die Arbeit geht, damit ein Gegeneinanderarbeiten vermieden wird. Den Gemeinden wird die Hauptarbeit zufallen, aber finanziell müssen sie entlastet werden. Es muß ihnen ermöglicht werden, sich Bauland zu beschaffen. Die Frage des Hypothekentrebits muß geregelt werden. Vor allem muß die Gemeinnützigkeit bei aller Bautätigkeit gesichert bleiben. (Bravo!)

Abg. v. Brockhausen (Kons.): Unter normalen Verhältnissen ist die Wohnungsfürsorge Sache der Gemeinden und Einzelstaaten. Angesichts der Verhältnisse aber, wie sie der Krieg mit sich gebracht hat, sind wir mit der Erklärung des Vizekanzlers v. Payer, die Herr Göhre zitierte, einverstanden. Das Reich muß hier Mittel zur Verfügung stellen. Wir stimmen daher den Anträgen der Kommission zu.

Staatssekretär Freiherr vom Stein: Den Ausführungen des Abgeordneten Göhre, daß die Fürsorge für das Wohnen des Volkes ebenso wichtig ist wie die Sorge für die Ernährung, schließe ich mich durchaus an. Ueber die großen Schwierigkeiten, mit denen wir zu kämpfen haben werden, dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Nach den programmatischen Erklärungen des Vizekanzlers wird das Reich nicht nur Ratschläge erteilen, sondern auch Mittel bereitstellen. Doch ist die Voraussetzung dafür, daß die nächsten Beteiligten, Staat und Gemeinde, ebenfalls tatkräftig eingreifen; denn die ganze Last dem Reich zu übertragen, geht nicht an. Das Reichswirtschaftsamt wird aber in dem Sinne, wie der Abgeordnete Göhre es wünschte, die Führung übernehmen, und die Art der zu schaffenden Organisation ist augenblicklich Gegenstand der Beratung zwischen der Reichsverwaltung und den beteiligten Ressorts der Bundesstaaten. Zu den Anträgen der Kommission gestatte ich mich aus begreiflichen Gründen jetzt noch nicht zu äußern. Ich finde in ihnen nichts, was den Plänen und Absichten der Reichsregierung widerspricht. (Beifall.)

Abg. Mumm (D. Fraktl.) spricht für die Resolution und fordert vor allem Maßnahmen gegen die Bodenspekulation und Schaffung eines Erbbaurechts.

Abg. Wurm (U. Soz.): Die Wohnungsnot ist ein ewiges Gesetz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und innerhalb ihres Rahmens ist auch die Bodenspekulation berechtigt. Schon 1872 hat Engels mit Recht geschrieben, daß das Wohnungselend nur bekämpft werden könne durch Beseitigung der Ausbeutung der unterdrückten Klassen. (Sehr wahr! bei den U. Soz.) Das Wohnungselend war schon im Frieden in den Großstädten gewachsen und ist jetzt nur ins Ungeheure gesteigert. 1½ Millionen Menschen wohnten in Berlin schon im Frieden ohne heizbare Zimmer. (Hört, hört!) Die ganze Wohnungsfrage ist heute eine Verkehrsfrage, ohne Kohlen läßt sich nichts schaffen, dabei stehen wir vor einer akuten Kohlennot. Die Regierung weiß ganz genau, daß aus diesen Gründen an eine umfangreiche Bautätigkeit gar nicht zu denken ist. Die Kellerwohnungen sind ein Herd der Tuberkulose. (Sehr wahr!) Baracken hat kaum die Militärverwaltung genug. Die Hauptsache ist, daß es der Bevölkerung ermöglicht wird, in weiterer Entfernung von ihrer Arbeitsstätte Wohnung zu nehmen. Aber unsere weise Regierung tut gerade alles, um die Dezentralisierung des Wohnens unmöglich zu machen durch Verteuerung der Eisenbahntarife usw. — Das Ideal der eignen Scholle ist nur für wirtschaftlich Selbständige von wirklichem Nutzen. Der Arbeiter, der nie weiß, wie lange er auf einer guten Stelle bleiben kann, wird dadurch verstlaut. Einen Ausweg aus der Wohnungsnot gibt es in dieser Gesellschaft nicht. Die Resolution will das beste, wir stimmen ihr zu, helfen wird sie nicht viel. (Bravo! bei den U. Soz.)

Die Debatte schließt. Die Resolution wird angenommen.

Die Grundzüge der Kriegssteuerpolitik des Reichs.

Von Wilhel Keil, M. d. R.

Die Generaldebatte des Reichstags über die neuen Reichssteuervorlagen hat sich endlich einmal ernstlich den Fragen zugewandt, die schon im ersten Kriegsjahr hätten entschieden werden müssen.

Wie England vom ersten Kriegsjahre an eine großzügige Finanzpolitik eingeleitet hat, die ihm bis jetzt die Deckung von 25 Proz. seiner gesamten Kriegsausgaben ermöglichte, so hätte auch Deutschland rechtzeitig neue große Einnahmequellen in systematischer Weise erschließen sollen. Zwei Momente haben das verhindert. Das eine war die Hoffnung auf einen raschen großen Sieg, der uns volle Entschädigung des gesamten Kriegskostenaufwands bringen werde, das andere bildeten die im bundesstaatlichen Charakter des Reichs wurzelnden Streitfragen, die sich um die Verteilung der Steuerquellen unter die öffentlichen Gewalten drehen.

Die Hoffnung auf eine alle unsere Kosten deckende Kriegsentschädigung saß bei den Regierungsstellen so fest, daß erst nach Verlauf eines vollen Kriegsjahres dem Drängen der Sozialdemokratie nachgegeben und wenigstens die ersten Vorbereitungen zur Erhebung einer Kriegsgewinnsteuer getroffen wurden. Bis dahin war Dr. Helfferich, der damals das Reichsschatzamt verwaltete, der Meinung, Deutschland habe es nicht nötig, dem Beispiel Englands zu folgen und Kriegssteuern zu erheben. Helfferich hat aber dann allmählich seine Anschauungen revidieren müssen. Im Frühjahr 1916 brachte er neben dem Gesetzentwurf zur Besteuerung der Kriegsgewinne, dessen Ertrag nicht abzuschätzen war, eine Reihe neuer Vorlagen an den Reichstag, mit denen er der Reichskasse jährlich etwa 800 Millionen Mark neue Einnahmen zuführen wollte. Während das Erachnis der Kriegsgewinnsteuer als einer einmaligen Abgabe der Schuldentilgung dienen sollte, waren die anderen neuen Steuern dazu bestimmt, das Gleichgewicht im ordentlichen Etat, dessen Ausgaben infolge des wachsenden Zinsendienstes rasch anschwellten, aufrechtzuerhalten. Schon damals konnte man sich selbst in bürgerlichen Kreisen des Reichstags des Eindrucks nicht erwehren, daß es den breiten Massen des Volkes ein bißchen zuviel zugemutet sei, den rapid steigenden dauernden Mehrbedarf an Reichseinnahmen lediglich durch Steuern auf den Verkehr und Verbrauch, wie sie die Regierung vorgeschlagen hatte, zu decken. Aber man griff nicht zu dem einfachen Mittel, neben die dauernden neuen indirekten Steuern eine ergiebige direkte zu setzen, die das Einkommen und das Vermögen oder wenigstens eines dieser beiden großen Objekte erfaßt, man wagte sich auch nicht an die Erbschaften heran, die bisher in Deutschland in einer unverständlich schonenden Weise zu den öffentlichen Lasten herangezogen sind, sondern man versuchte es mit dem Eventualvorschlag der Sozialdemokratie, der dahin ging, den Wehrbeitrag noch einmal zu erheben. Der Wehrbeitrag ist bekanntlich eine auf erkünstelter Konstruktion beruhende Abgabe, die 1913 zur Deckung der einmaligen Kosten der großen Rüstungsvorlage erfunden wurde. Die bundesstaatlichen Finanzminister hatten sich 1913 mit dem bekannten schweren Herzen und dem heiligen Vorbehalt, daß sich der Fall niemals wiederholen dürfe, den Eingriff des Reichs in die Besteuerung des Vermögens und des Einkommens, den diese Abgabe bedeutete, mit dem Wehrbeitrag abgefunden. Als nun 1916 vom Ausschuß vorläufig beschlossen worden war, den Wehrbeitrag zum Ausgleich für die vorgeschlagenen Massenverbrauchssteuern noch einmal zu erheben, stürmten sofort die einzelstaatlichen Finanzminister Sa-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180511-16/fragment/page=0001

an und vereitelten diesen Plan. Die bürgerlichen Parteien des Reichstags ließen sich willig vergewaltigen und gaben sich mit der kleinen einmaligen Vermögensteuer zufrieden, die mit dem Gesetz über die Vermögen, die während des Krieges gleichgeblieben oder um nicht mehr als 10 Proz. gesunken waren, einer sehr kleinen Abgabe unterwarf. Die Folge war, daß das Ergebnis der neu eingeführten Dauersteuern zur Deckung des laufenden Bedarfs nicht ausreichte. Die Kriegsgewinnsteuer mußte zur Deckung des Fehlbetrags der Rechnung für 1916 aushelfen.

Zu demselben Ergebnis führte die Steuerpolitik 1917. Jetzt schlug die Regierung die Steuern auf den Eisenbahnverkehr und die Kohle vor, deren Ertrag auf etwa 800 Millionen geschätzt wurde. Nun haben im Jahr 1917 nur die am 1. August 1917 in Kraft gesetzte Güterverkehrssteuer und die vom gleichen Zeitpunkt an wirksame Kohlensteuer Einnahmen geliefert. Die Personenverkehrssteuer ist erst am 1. April 1918 in Kraft getreten. Allerdings liefert die Kohlensteuer infolge der enorm gestiegenen Kohlenpreise viel größere Erträge, als bei ihrer Schaffung angenommen wurde, aber trotzdem reichen die Einnahmen aus diesen Quellen nicht aus zur Begleichung der laufenden Rechnung von 1917. Auch der Ertrag des 20proz. Zuschlags zur Kriegsgewinnsteuer, den man 1917 beschloß, genügt dazu noch nicht. Außer diesem Zuschlag wurde 1917 keine Reichsbesitzsteuer beschlossen. Man greift daher jetzt wiederum in das Ergebnis der Kriegsgewinnsteuer hinein, um das Defizit zu decken, das die noch nicht vorliegende Rechnung für 1917 aufweisen wird. Damit wird schon etwa die Hälfte des auf 5,7 Milliarden Mark sich belaufenden Ertrags der Kriegsgewinnsteuer für einen ganz andern Zweck verwendet, als ursprünglich geplant war. Nicht einmal um den Betrag, den die Kriegsgewinnsteuer einbringt, vermag das Deutsche Reich seine Kriegskostenrechnung zu vermindern. Das hat die Politik der bundesstaatlichen Finanzminister bewirkt, die nicht zuließ, daß das Deutsche Reich in der Zeit seiner größten Gefahren und Nöte aus der ergiebigsten und natürlichsten Quelle schöpft, die es für den Steuererheber gibt, aus dem Einkommen und Vermögen.

Bei der dritten Kriegssteuerserie, die mit dem Etat für 1918 verknüpft ist, möchte nun der Bundesrat, in dem in Steuerfragen die Finanzminister der Einzelstaaten entscheiden, in diesen Bahnen weiter wandeln. Dem Reichstag ist ein riesiges Bündel neuer Steuergesetzentwürfe vorgelegt worden, das drei Milliarden Mehreinnahmen beschaffen soll; aber auch diese Vorlagen bringen uns einer halbwegs soliden Finanzwirtschaft nicht näher. 2875 Millionen werden gebraucht, um das Gleichgewicht im Etatsentwurf für 1918 herzustellen. Die neuen Steuervorlagen können aber im Jahre 1918 noch nicht die Hälfte dieser Summe liefern. Das geplante Branntweinmonopol, von dem eine Mehreinnahme von 650 Millionen erhofft wird, kann erst lange nach Friedensschluß, wenn wieder Sprit für den privaten Verbrauch hergestellt werden kann, Einnahmen bringen. Die Finanzzölle auf Kaffee, Tee, Schokolade und Kakao, die stark erhöht werden sollen, bringen auch solange keinen Pfennig, als uns alle diese schönen Dinge nur dem Namen nach bekannt sind. Die andern Massenverbrauchssteuern, wie die Bier-, Wein-, Schaumwein- und Limonadensteuer, und die Verkehrssteuern, wie die Post-, die Umsatz- und die Börsensteuer, werden, wenn sie nach einigen Wochen oder Monaten Anwendung finden sollten, nur während des Restes des Etatsjahres fließen.

Diese Steuern sollen nun „kompensiert" werden durch die einzige wirkliche Besitzsteuer, die vorgeschlagen ist, die Steuer auf die Mehrgewinne der Unternehmergesellschaften im vierten Kriegsgeschäftsjahr. Abgesehen aber davon, daß diese Steuer zum Teil auch erst im Jahre 1919 eingehen wird, dürfte auch sie von einer soliden Finanzverwaltung nicht zur Ausgleichung des laufenden Etats verwendet werden. Nun wird aber, obgleich sie hierzu dienen soll, mit ihr und den Erträgen der übrigen neuen Steuern noch lange nicht das Loch zugestopft, das der Etatsentwurf für 1918 aufweist. Wie dieses Loch schließlich gestopft werden soll, darüber schweigen sich Reichsschatzsekretär und Bundesrat zunächst aus. Sollte die Deckung des Defizits des Etats für 1918 in gewissenhafter Weise nach den Vorschriften der Verfassung erfolgen, so müßten die Matrikularbeiträge entsprechend hoch bemessen werden; davor bekreuzigen sich aber die bundesstaatlichen Finanzminister erst recht. Stillschweigend rechnen sie vielmehr damit, daß schließlich zum drittenmal der Ertrag der Kriegsgewinnsteuer zur Deckung des Defizits herangezogen werden soll.

So wird die denkbar unsolideste Finanzpolitik fortgesetzt, nur damit das Dogma der Finanzminister aufrechterhalten bleibe: die direkten Steuern gehören den Einzelstaaten, das Reich hat mit den indirekten auszukommen. Um der Wahrung dieses Dogmas willen hat es im Bundesrat bei der Vorberatung der neuen Reichssteuervorlagen Auseinandersetzungen gegeben, die damit abgeschlossen haben, daß dem Reichsschatzsekretär verwehrt wurde, vor der großen Gesamtreform, die oft angekündigt worden ist, einen wenn auch noch so harmlosen Eingriff in das Gebiet der direkten Steuern zu tun. Der Reichsschatzsekretär hat sich gefügt und im Reichstag sich sogar die Argumente der bundesstaatlichen Finanzminister zueigen gemacht. Es fragt sich nun, ob auch der Reichstag sich fügen wird.

Zum Teil scheint es den Finanzministern langsam aufzudämmern, daß das Reich, wenn es künftig jährlich 12 oder 15 Milliarden an Steuereinnahmen braucht, gegen 2 Milliarden in den letzten Friedensjahren, unmöglich in frommer Scheu am Besitz vorbeigehen kann. Aber selbst dieser Teil der Herren will die Inanspruchnahme des Besitzes für den Reichsbedarf bis nach dem Friedensschluß verschieben, um ihr dann die engsten Grenzen zu ziehen.

Der Reichstag hat nun dieser Frage in der Generaldebatte über die Steuern die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet. In den Steuerdebatten der beiden letzten Jahre stand die sozialdemokratische Fraktion noch völlig allein mit dem bestimmten Verlangen, die Steuergesetzgebung des Reichs auf eine neue Grundlage zu stellen. Soweit die bürgerlichen Redner sich nicht, wie die Konservativen es immer getan, feierlich gegen jede direkte Reichssteuer verwahrten, gingen sie dieser Frage aus dem Wege. In diesem Jahr blieben wir bei der Aufrollung dieses Problems nicht mehr allein. Mit großer Lebhaftigkeit wandten sich die Redner der Fortschrittlichen Volkspartei gegen das Dogma der bundesstaatlichen Finanzminister, und auch der nationalliberale Sprecher erklärte, daß seine Fraktion nicht daran denke, den Grundsatz anzuerkennen, daß das Reich keine direkten Steuern erheben dürfe. Das Zentrum beschränkte sich auf die Erklärung, daß wenigstens in diesem Jahr das Schwergewicht der indirekten Steuern durch weitere Besitzsteuern zu kompensieren sei.

Auch die notwendige Vereinheitlichung der Steuergesetzgebung der Bundesstaaten ist von den Rednern der genannten Parteien anerkannt worden. In diesem Punkt hat sogar der Reichsschatzsekretär einen Schritt vorwärts getan. Er erkennt das Bedürfnis, die großen Verschiedenheiten, die namentlich zwischen den Einkommensteuern der einzelnen Bundesstaaten bestehen, zu beseitigen, rücksichtslos an, glaubt aber wenigstens, daß die Bundesstaaten selbst bald zu einer Ausgleichung der Unterschiede kommen könnten. Darauf kann er lange warten. Nein, hier hat das Reich einzugreifen. Bei der Schwere der Lasten, die künftig zu tragen sind, können die großen Unterschiede innerhalb des Reichs ohne große wirtschaftliche Schädigungen nicht mehr ertragen werden. Darum ist ein einheitliches Einkommensteuergesetz durch das Reich zu schaffen, durch das der Begriff des Einkommens für das ganze Reich einheitlich festgestellt, der Tarif einheitlich gestaltet, die sozialen und bevölkerungspolitischen Rücksichten einheitlich getroffen und vor allem auch das Veranlagungs-, Beschwerde- und Strafverfahren einheitlich geregelt wird. Man mag den Bundesstaaten neben dem selbstverständlichen Recht, auf dieser Grundlage Einkommensteuern zu erheben, so viel sie wollen oder brauchen, noch gewisse Freiheiten einräumen, vom Einheitstarif abzuweichen, die Freigrenze für die kleinen Einkommen verschieden zu ziehen, aber ohne eine gleichmäßige Veranlagung der Einkommen im ganzen Reich ist nicht mehr auszukommen.

Die diesjährigen Steuerkämpfe werden uns, obgleich die Generaldebatte sich schon in die Materie vertieft hat, natürlich noch kein praktisches Ergebnis im Sinne der Vereinheitlichung liefern. Zu hoffen ist aber, daß der Reichstag diesmal, trotz aller Beschwörungen der Finanzminister, praktisch in das Gebiet der Besitzbelastung eindringen wird. Die Verkehrs- und Verbrauchssteuern dürften nach den bisherigen Erfahrungen im großen und ganzen nach den Vorschlägen des Bundesrats Annahme finden. Es ist aber zu erwarten, daß sonen eine kräftige Besitzbesteuerung an die Seite gestellt wird. Die rasche Erfassung der Kriegsgewinne der Einzelpersonen, die heute vielfach der Verschwendung verfallen, ist von allen Fraktionen als notwendig anerkannt worden. Aber das genügt natürlich nicht. Nicht nur das Mehreinkommen und das Mehrvermögen, das aus der Kriegszeit stammt, auch das alte Vermögen muß endlich kräftig zur Befriedigung der Geldbedürfnisse des Reichs herangezogen werden. Ob das in der Form des Wehrbeitrags oder der fortdauernden Einkommens- und Vermögensbesteuerung geschieht, ist gewiß prinzipiell nicht gleichgültig. Müssen aber die Finanzminister in diesem Jahr zur erneuten Erhebung des Wehrbeitrags oder einer einmaligen Besitzabgabe ihre Zustimmung geben, so ist Bresche gelegt in den Wall, den sie bisher verteidigten. Dieser Wall muß niedergerissen werden sowohl im Interesse einer sozialeren Gestaltung der Reichssteuergesetzgebung als auch einer solideren Finanzwirtschaft.

(Aus: Die Glocke, sozialistische Wochenschrift.)

Der Krieg zur See.

Berlin, 10. Mai. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Mittelmeer: sechs Dampfer und zwei Segler von zusammen über fünfundzwanzigtausend Brutto-Register-tonnen. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der portugiesische bewaffnete Dampfer Ascica (2209 Br.-R.-T.) mit einer Ladung von Material und Pferden, sowie der englische Transportdampfer Welsed Hall (5643 Br.-R.-T.), der anscheinend Munition geladen hatte und unmittelbar nach dem Torpedotreffer unter gewaltigen Detonationen sank.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Versenkung von Pferdetransporten wurde schon öfter gemeldet. Pferde mit ihren Stallungen und den nötigen Freiplätzen an Bord sind Sperrgut, beanspruchen also unverhältnismäßig viel Laderaum. Man pflegt sie deshalb nicht allein zu verschiffen, sondern zur besseren Ausnutzung der Tragfähigkeit des Schiffes zusammen mit Schwergut als Stauladung, wozu sich Waffen, Geschütze, Stahlplatten, Erze u. a. eignen. Auch wenn eine so wertvolle Ladung unterwegs nicht vom U-Boot-Schicksal ereilt wird, ist bei den feindlichen Pferdetransporten der Verlust infolge der Anstrengungen der Seereise ungewöhnlich hoch. Die Neuyorker Nautical Gazette meldete kürzlich, daß von den amerikanischen Pferdetransporten durchschnittlich 33 v. H. infolge Seekrankheit und sonstiger Strapazen zugrunde gehen. Auch diese hohe Verlustziffer hängt mit unserer U-Boot-Tätigkeit zusammen, denn die Knappheit an Schiffraum nötigt unsere Feinde, die Tiere an Bord in ungesunden Unterkunftsräumen eng zusammenzupferchen.

Ein neuer englischer Flottenangriff auf Ostende.

Amtlich wird gemeldet:

Englische Seestreitkräfte unternahmen am 10. Mai 3 Uhr morgens nach heftiger Beschießung erneut einen Sperrangriff gegen Ostende. Mehrere feindliche Schiffe, die unter dem Schutze künstlichen Nebels in den Hafen eindringen wollten, wurden durch das vortrefflich geleitete Feuer unserer Küstenbatterien abgewiesen. Ein alter Kreuzer liegt gänzlich zerschossen außerhalb des Fahrwassers vor dem Hafen auf dem Grund. Die Einfahrt ist völlig unbehindert. An Bord des gestrandeten Schiffes wurden nur noch Tote vorgefunden. Zwei Ueberlebende waren über Bord gesprungen und sind gefangen. Nach bisherigen Ermittelungen wurden mindestens zwei feindliche Motorboote abgeschossen, ein Monitor schwer beschädigt. Der Sperrversuch ist somit völlig vereitelt. Abermals hat der Gegner Menschenleben und Fahrzeuge umsonst geopfert.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Wolffs Bureau verbreitet hierzu noch folgende Darstellung:

Der zweite Versuch der Engländer, an die ihnen mit jedem Tag unbequemer werdenden Stützpunkte der flandrischen U-Boote heranzukommen, trat unsere Marinekorps ebenso vorbereitet wie der erste. Es war vorauszusehen, daß die englische Admiralität es bei dem einen Versuche nicht bewenden lassen würde. Die Gründe, warum diesmal nur ein Angriff gegen Ostende erfolgte, sind augenblicklich noch nicht zu übersehen. Zwar wurde vor Zeebrügge gleichzeitig mit dem Angriff gegen Ostende starker künstlicher Nebel von den Engländern entwickelt, jedoch geschah dies offenbar zur Ablenkung. Der Feind eröffnete am Morgen des 10. Mai 2 Uhr 45 von See und Land aus das Feuer auf unsere Batterien auf Ostende. Einige Minuten später wurde starker künstlicher Nebel erzeugt. Als 2 Minuten nach 3 Uhr östlich Ostende zwei Kreuzer in dichtem Nebel gesichert wurden, setzte sofort von unsern Batterien gutliegendes Zielfeuer ein, nachdem schon vorher Sperrfeuer vor der Einfahrt gelegt worden war. Der eine Kreuzer drehte nach Westen ab, der andere nach Norden. Letzterer wurde dann wiederholt im Nebel sichtbar und jedesmal von neuem beschossen. Um 3 Uhr 34 tauchte er nochmals vor der Einfahrt auf und sank, von allen Seiten unter schweres Feuer genommen, außerhalb des Fahrwassers. Inzwischen waren von unsern Batterien vereinzelt erkennbare Ziele beschossen. Ein stilliegender und nicht feuernder Monitor, der offenbar außer Gefecht gesetzt worden war, wurde um 4 Uhr 13 ausgemacht. Er wurde aber gleich darauf von den Feinden wieder völlig eingenebelt. Der gestrandete Kreuzer ist nach den aufgefundenen Papieren der „Vindictive".

Unsere eigenen Verluste sind, wie bei dem ersten Unternehmen, wieder erfreulich gering.

Lansdowne gegen Lloyd George.

Lord Lansdowne nahm im Oberhaus das Wort in der Friedenspropagandadebatte und erklärte nachdrücklich, daß ein Verständigungsfriede der einzige Weg sei, um den Krieg ehrenvoll und sicher zu beenden, weil jetzt die einzige andre Möglichkeit, nämlich die Politik Lloyd Georges des „Knock out"-Schlages unterliege. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß man jeden Unterhändler, noch bevor er Gelegenheit hätte, seine Bedingungen zu nennen, im voraus schon ablehnte. In Deutschland und Oesterreich-Ungarn wachse aber auch die Ansicht, daß das „Bluffen" ein Ende haben müßte, und daß man über die Ursache des Krieges irregeführt worden sei. Lansdowne hält es für seine Pflicht, diese Ansicht zu ermutigen und zu bestärken. Ebenso erklärte Lord Burbury, es sei jedermanns Pflicht, dazu beizutragen, daß ein schneller, ehrenvoller Friede erzielt werde.

Gegen die deutsche Friedensoffensive.

Die Nordd. Allgem. Ztg. schreibt: Die Daily Mail beschäftigt sich erneut mit dem Thema der deutschen Friedensoffensive und macht Angaben über einen angeblichen Besuch des Professors Quidde bei einem in Genf wohnenden Amerikaner Heron. Diesen hätte Professor Quidde im Auftrage des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amts ein an den Präsidenten Wilson zu übermittelndes Verständigungsprogramm entwickelt. Diesen Angaben gegenüber sind wir zu der Feststellung ermächtigt, daß Professor Quidde weder vom Reichskanzler noch vom Auswärtigen Amt einen Auftrag irgendwelcher Art für den genannten Amerikaner gehabt hat.

Friedensbestrebungen.

Stockholm, 11. Mai. In Stockholm treffen die russischen Rechts-Sozialisten Rupanow und Suchomline ein, die hier die Stockholmer Konferenz erneut aufleben lassen wollen. Sie erhielten nur mit größter Schwierigkeit einen Auslandspaß. Man spricht neuerdings wiederum von einer Verlegung der sozialistischen Konferenz nach Bern.

Verstaatlichung der Rüstungsindustrie — in Spanien.

Havas meldet aus Madrid: Der Ministerrat hat dem Entwurf betreffend Verstaatlichung der Industrien, die für die nationale Verteidigung erforderlich sind, zugestimmt.

Die französische Parteileitung zum 1. Mai.

Der französische Gewerkschaftsbund und die französische Parteileitung haben auch in diesem Jahre die Arbeiterschaft aufgefordert, den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe zu begehen. Der Aufruf der Parteileitung, der in der Humanite vom 30. April veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

Der 1. Mai 1918 trifft Frankreich und die Welt noch im Kriege an. Statt sich zu mildern, hat sich der blutige Konflikt sogar noch verschärft. Wir stehen inmitten einer neuen und fürchterlichen Offensive, mittels deren der deutsche Militarismus und Imperialismus einen zerschmetternden Sieg an der Westfront zu erringen sucht, wie er ihn auf der Ostfront davongetragen hat.

Angesichts dieser Lage hat die C. G. T. (der französische Gewerkschaftsbund als Vertreterin der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft es für angezeigt gehalten und beschlossen, daß sie auch dieses Jahr von Kundgebungen absieht, wie sie sie zu Friedenszeiten bei diesem Anlaß zu organisieren pflegte, und daß sie die Arbeiterschaft nicht zur üblichen Arbeitseinstellung auffordern wird.

Getreu ihrer stets in solchen Fällen einenommenen Haltung fordert die C. G. T. die Parteimitglieder auf, sich dieser vom Gewerkschaftsausschuß für das ganze Land vom Seineverbandsausschuß für das Pariser Gebiet erteilten Weisung anzuschließen.

Auch bittet sie dieselben Parteimitglieder, überall, wo es ihnen möglich ist, an den von der C. G. T. einberufenen Versammlungen teilzunehmen, bei denen die von der interalliierten sozialistischen und Arbeiterkonferenz im Februar in London gefaßten Beschlüsse bekanntgegeben und dargelegt werden.

Die oberste, zur Stunde jedem Staatsbürger obliegende Pflicht des Landes, Leben, Bestand und Unabhängigkeit verteidigen zu helfen, enthebt sie nicht der Erfüllung einer weiteren. Diese zweite Pflicht ist um so gebieterischer, als sie mit der ersten im Zusammenhang steht, ja sich sogar mit ihr deckt.

Dieser Pflicht nachzukommen, hat ihrerseits die sozialistische Partei Frankreichs nicht ermangelt; nicht nur durch ihre allgemeine Haltung, sondern auch durch ihr Vorgehen bei den Regierungen, um diese zu einer feierlichen Erklärung gegen jede offene oder versteckte Annexionspolitik zu veranlassen und gegen geheime diplomatische Abmachungen, die geeignet sind, die Hinauszögerung des Friedensschlusses zu begünstigen.

Diese Pflicht besteht darin, in aller Klarheit auszusprechen, unter welchen Bedingungen der seit fast 4 Jahren wütende Kampf auf den Schlachtfeldern beendet werden könne und damit zu hoffen, den Frieden durch das Recht, einen gerechten und dauernden Frieden herbeizuführen, der nicht nur den gegenwärtigen Krieg beendet, sondern Europa und der Welt eine Aera der Sicherheit und dem internationalen Proletariat die Möglichkeit einer stetigen Entwicklung sichert.

Kein Anlaß ist für diese Kundgebung geeigneter als der 1. Mai.

Für den Parteivorstand: Der Sekretär: Louis Dubreuilh.

Deutscher Reichstag.

169. Sitzung Freitag, 10. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch Frhr. v. Stein.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kurze Anfragen.

Abg. Gunßer (Vp.) fragt an, welche Maßnahmen der Reichskanzler zu ergreifen gedenkt, um in Zukunft eine ausreichende Versorgung der Hotels und Gastwirtschaften mit Lebensmitteln für Gäste sicherzustellen.

Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Dr. Müller: Entsprechend der vom Kriegsernährungsamt gegebenen Zusage sind am 21. März durch Rundschreiben des Kriegsernährungsamts die Bundesregierungen gebeten worden, die notwendigen Anordnungen zur ausreichenden Versorgung der Hotel- und Gastwirtskücheubetriebe mit Lebensmitteln sofort zu erlassen. Soweit dem Kriegsernährungsamt bekannt geworden, ist dies auch überall geschehen. Bei der allgemeinen Lebensmittelknappheit muß sich die Versorgung der Hotels und Gastwirtschaften natürlich in bescheidenen Grenzen halten; es kann sich nur um eine angemessene Versorgung handeln, die die Betriebe vor der Notwendigkeit der Schließung bewahrt und die berechtigten Ansprüche des Fremdenverkehrs berücksichtigt. Keinesfalls erscheint es angängig, aus den für die Bevölkerung im Reich bestimmten Vorratsmengen an Lebensmitteln Sonderlieferungen für die Hotels und Gastwirtschaften erfolgen zu lassen. Die Angelegenheit wird deshalb innerhalb der einzelnen Bundesstaaten und Kommunalverbände geregelt werden müssen.

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Vp.): Zu den „Ersatzlebensmitteln" werden sämtliche alkoholfreien Getränke gerechnet. Welche Anordnungen sind getroffen, damit solche Erzeugnisse, die lange vor dem Kriege unbeanstandet im Verkehr waren, nicht den für die bedenklichen Ersatzmitteln vorgesehenen Erweiterungen ausgesetzt werden und was geschieht, um wirtschaftliche Schädigungen der Betriebsinhaber durch Preisgabe ihrer wertvollen Geschäftsgeheimnisse zu verhindern.

Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt Dr. Müller: Der Umstand, daß solche Erzeugnisse schon im Frieden Jahrzehnte unbeanstandet hergestellt und vertrieben worden sind, kann keinen Grund abgeben, solche Waren von der Genehmigungspflicht auszunehmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß fast alle derartigen Erzeugnisse wegen des Mangels an Rohstoffen zur Zeit in etwas veränderter Zusammensetzung hergestellt werden als im Frieden. Um wirtschaftliche Schäden durch Bekanntwerden von Geschäftsgeheimnissen zu verhüten, ist ausdrücklich vorgesehen, daß die Angestellten und Beauftragten der Ersatzmittelstellen usw. über Einrichtungen der Gesschäfte, die zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten haben. Es sind hohe Strafen für die Nichtbeachtung dieser Bestimmungen festgesetzt.

Abg. Dr. Stresemann (Natl.): Nach den mit Großbritannien

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180511-16/fragment/page=0002

getroffenen Vereinbarungen sollen die Gefangenenlisten tunlichst einmal jede Woche dem Heimatstaat zugestellt werden. Großbritannien betrachtet die Zivilinternierten ebenfalls als Kriegsgefangene. Bisher ist es nicht gelungen, von England über die in dortiger Gefangenschaft befindlichen Gefangenen aus England, dem Ausland und den deutschen Kolonien Listen zu erhalten. Was gedenkt der Reichskanzler zur Abstellung dieses Verhaltens Großbritanniens zu tun?

Geheimer Legationsrat Keller: Es liegt Material vor über alle Gefangenen mit Ausnahme der deutschen Zivilpersonen, die in Deutsch-Ost-Afrika in die Gewalt der britischen Streitkräfte geraten sind und der Deutschen, die nach neueren Nachrichten in Samoa untergebracht sind. Wir haben wiederholt Listen auch dieser Gefangenen eingefordert, bisher ohne Erfolg. Deutscherseits wird die Forderung nach Aufstellung solcher Listen, die allein schon bei menschlichen Empfinden aufspricht, immer wiederholt gestellt werden, um so mehr, als die britische Regierung über jeden englischen Zivilgefangenen in Deutschland genau unterrichtet ist.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vp.): Tausende von Aerzten sind im Kriege wirtschaftlich fast ruiniert. Dabei herrscht in vielen vor allen ländlichen Gebieten ein dauernd zunehmender Aerztemangel. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um diesen schweren Gefahren für den Aerztestand wie für die öffentliche Gesundheitspflege zu begegnen?

Ministerialdirektor Damman: Material über die Notlage der Aerzte liegt hier nicht vor. Reklamationen von Aerzten, wo Aerztemangel besteht, wird seitens der Militärverwaltung nach Möglichkeit entgegengekommen.

Abg. Meerfeld (Soz.): Privatunternehmer haben sich beim preußischen Kriegsministerium die Lieferung von Ersatzfürklinken derart gesichert, daß unverschämte Gewinne von vielen Millionen Mark dabei erzielt werden. Was gedenkt der Reichskanzler zu tun, um zu verhindern, daß die Absichten dieser Spekulanten verwirklicht werden?

Hauptmann Specht: Das Kriegsministerium hat bis jetzt lediglich Probeaufträge auf Ersatzfürklinken erteilt, um Erfahrungen zu sammeln. Massenvergebungen sind noch nicht erfolgt, ebensowenig sind Privatunternehmern Zusicherungen gemacht. Um eine Spekulation von Privatunternehmern zu verhindern, sind vom Kriegsministerium entsprechend aufklärende Preßnotizen veranlaßt worden.

Hierauf folgt die Beratung der Wohnungsfrage, über die wir an der Spitze unseres heutigen Blattes berichten.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr (Marineetat, Etat des Reichsschatzamts).

Schluß: 6¾ Uhr.

Aus den Steuerkommissionen.

Die Umsatzsteuer.

Zum § 1. aus dem die Leistungen getrigen worden sind, beantragt Abg. Dr. Junck folgende neue Fassung:

Der Umsatzsteuer unterliegen die im Inland gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und sonstigen Leistungen solcher Personen, die eine selbständige gewerbliche Tätigkeit, mit Einschluß der Urerzeugung und des Handels ausüben.

Damit kämen die Leistungen zum Teil wieder in das Gesetz hinein. Der Ausschuß beschloß, zunächst einmal in eine allgemeine Debatte über die prinzipiellen Fragen einzutreten und dann die Beratung der Anträge einer Unterkommission zu überweisen.

Abg. Junck begründet seinen Antrag damit, daß auch der Veredelungsverkehr von der Steuerpflicht erfaßt werden müßte. Die Beschränkung auf gewerbliche Betriebe lasse die geistigen Berufe, wie Schriftsteller, Rechtsanwälte usw. frei.

Der Antrag rief eine lange Diskussion hervor, die noch nicht zum Abschluß gekommen ist.

Weinsteuer.

In der 8. Sitzung der Getränkesteuer-Kommission wurden die Bestimmungen der §§ 14—47 ohne wesentliche Veränderungen nach der Vorlage der Regierung angenommen und dadurch die Ueberwachungsmaßnahmen, Strafvorschriften, Uebergangsvorschriften und der Begriff der weinhaltigen Getränke in 1. Lesung festgelegt. Zu einer ausgiebigen Debatte gibt § 48 Anlaß, welcher im Rahmen des Entwurfes ganz bedeutende Erhöhungen der für Weintrauben, Weinmaische und Weine im jetzigen Zolltarif enthaltenen Zölle verlangt, die durchschnittlich 100 Proz. Steigerung bedeuten. Von Zentrumsabgeordneten wird dazu ein Antrag vorgelegt, der sich mit den Entwurfssätzen noch nicht begnügt und für den Doppelzentner Weintrauben, die jetzt mit 90 M. Zoll belegt sind, 60 M., für Faßweine, jetzt 24 M. Zoll, künftig 90 M. verlangt usw. Von sozialdemokratischer Seite wird auf den für die gesamte Volkswirtschaft gefährlichen Versuch, im Rahmen der Steuervorlagen die Vorbereitung für eine Heraufschraubung der Zölle für alle andern Importartikel zu beginnen, hingewiesen. Durch ein solches Beginnen wird der Aufbau der zerrütteten Volkswirtschaft und die Wiederanknüpfung der Handelsbeziehungen bedeutend erschwert. Der Zentrumsantrag bedeutet nichts weniger als ein Verbot der Weineinfuhr nach dem Kriege. Vom Deutschen Weinbauverein, der großagrarischen Interessenvertretung der deutschen Weinbauer, wird in einer Petition ein noch höherer Zoll verlangt, als im Antrag der Zentrumsmitglieder, der selbst vom Abg. Dr. Belzer für zu hoch erklärt wird. Die fortschrittlichen Vertreter treten zum Teil für eine 50prozentige Erhöhung der jetzt geltenden Zölle, zum Teil für die Sätze der Regierungsvorlage ein. § 48 wird unter Ablehnung aller Aenderungsanträge nach der Regierungsvorlage angenommen.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

146. Sitzung. Freitag, 10. Mai, vormittags 11 Uhr.
Am Ministertisch: Dr. Friedberg, Breitenbach.
Auf der Tagesordnung steht zunächst der

Haushalt des Abgeordnetenhauses.

Der Ausschuß beantragt, daß mit den Hilfsdienern des Hauses Verträge mit längerer Kündigungsfrist abgeschlossen werden, in der auch über Sonntagsruhe, Urlaub usw. Bestimmungen enthalten sind.

Mit zur Beratung steht die Denkschrift über die Gewährung einer

Teuerungsentschädigung an die Abgeordneten.

Sie soll 10 M. für die Tage der Anwesenheit in Berlin betragen mit gewissen Ausnahmen.

Abg. Hamisch (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag auf feste Anstellung der Hilfsbediensteten des Hauses nach 10jähriger Dienstzeit. Die meisten Diener des Hauses sind nicht fest angestellt, stehen nur im Tagelohn und haben keinen Ruhegehaltsanspruch.

Abg. Delius (Fortschr. Vp.) begründet ein ähnlichen Antrag. Die Bezahlung der Diener des Abgeordnetenhauses entspricht nicht den Teuerungsverhältnissen und ihre Arbeitslast ist groß. Es gibt noch Hilfsdiener, die 30 Jahre lang hier tätig sind und allgemeine Anerkennung genießen.

Ein Regierungsvertreter spricht sich gegen den Antrag aus, da keine von der allgemeinen Regelung abweichende Sonderbestimmung für die Angestellten des Abgeordnetenhauses bewilligt werden kann. Die festen Bureaustellen bleiben den Militäranwärtern vorbehalten. Der Hauptantrag wird genehmigt. Der fortschrittliche Antrag wird angenommen, der sozialdemokratische wird abgelehnt. Die Denkschrift wird zur Kenntnis genommen.

Die Verordnung über die Verlängerung der Amtsdauer der für Bergwerke gewählten Sicherheitsmänner und Arbeiterausschußmitglieder wird genehmigt.

Es folgt die zweite Lesung des

Eisenbahnanleihegesetzes.

Abg. Dr. Wolff-Gorli (Kons.) stimmt dem Anleihegesetz zu.

Abg. Delius (Fortschr. Vp.): Die Tiefbauunternehmer beklagen sich, daß größere Aufträge nur an einzelne große Firmen vergeben werden; mindestens müßten die preußischen Firmen ebenso berücksichtigt werden, wie die übrigen deutschen Firmen.

Deutscher Heeresbericht vom 10. Mai.

Großes Hauptquartier, 10. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Kampffronten war die Artillerietätigkeit tagsüber nur im Gebiet des Kemmel, beiderseits des Lace-Bogens und auf dem Westufer der Aure lebhaft. Starker Feuersteigerung in diesen Abschnitten folgten feindliche Vorstöße. Bei ihrer Abwehr und bei roger Erkundungstätigkeit machten wir Gefangene. Am Abend und während der Nacht lebte der Artilleriekampf zwischen Ilser und Oise vielfach auf.

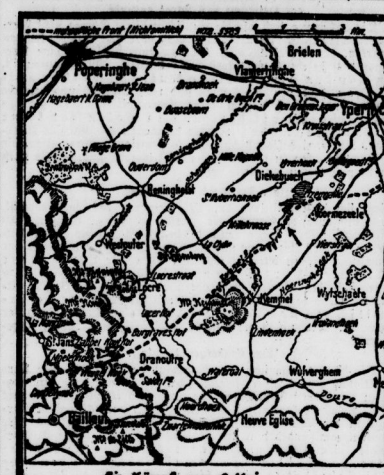
An der übrigen Front blieb die Gefechtstätigkeit auf Erkundungskämpfe beschränkt.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der deutsche Abendbericht.

Berlin, 10. Mai abends. (Amtlich.) Ein englischer Teilangriff südlich von Albert wurde abgewiesen. Ebenso scheiterte ein französischer Vorstoß im Walde von Apremont.



Die Kämpfe vom 8. Mai

Abg. Dr. Macco (Natl.): Wir werden in Zukunft mit großen Lasten bei den Eisenbahnen zu rechnen haben, denn große Ausgaben stehen uns bevor, aber unsere Maschinenindustrie wird in der Lage sein, allen Anforderungen zu genügen.

Unterstaatssekretär Dr. Peters: Die Eisenbahnverwaltung legt den größten Wert darauf, die Betriebsmittel dauernd zu verbessern und zugleich die Gestehungskosten herabzumindern. Die Versuche, Wagen mit mehr als 20 Tonnen einzuführen, haben sich nicht bewährt. Im übrigen wollen wir die Lasten auf 8 Jahre verteilen.

Abg. Dr. Macco (Natl.) widerspricht dieser Auffassung; wegen finanzieller Gründe dürfe die Einführung einer Erfindung nicht hinausgeschoben werden.

Das Eisenbahnanleihegesetz wird in zweiter und dritter Lesung genehmigt.

Es folgt die Beratung des Antrags über

Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung.

Abg. Hammer (Kons.): Diese beiden Gegenstände dürfen nicht in einer Hand vereinigt sein. Man sollte bei den Oberpräsidien Fachausschüsse für Berufsberatung errichten. Die Staatsbeihilfen zum Unterhalt der kommunalen Lehrlingsheime müßten erhöht werden. Auch die bei der Post, Telegraphie und Eisenbahn angestellten jungen Leute müssen den abendlichen Unterricht in der Pflichtfortbildungsschule besuchen.

Abg. Dr. Heyer (Zentr.): Ich begrüße die beabsichtigten Ausbildungskurse für Berufsberatung. Bei der Ausdehnung in den Fortbildungsschulen legen wir den größten Wert auf die religiöse Erziehung, die sich in diesem Kriege so bewährt hat. (Widerspruch des Abgeordneten Hoffmann.)

Abg. Haas (Fortschr. Vp.): Zur Förderung des Lehrlingswesens werden in verschiedenen deutschen Bundesstaaten schon erhebliche Beträge ausgegeben. Die Lehrlingsheime sind nötig, um die Familienerziehung zu ersetzen. Die Familien sollten ihre Kinder wieder mehr dem Handwerk zubringen.

Abg. Adolf Hoffmann (U. Soz.): Die Arbeiterschule ist notwendig, auch die Lehrlingsausbildung muß eine staatliche Angelegenheit werden. Ein Abendunterricht widerspricht aller Pädagogik. Wenn man die Religion die Fortbildungsschule einführt, wird man die 14 Jahre alten Jünglinge zur Massensucht aus der Kirche treiben.

Nach einigen Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Rewoldt (Freikons.) und Hammer (Kons.) wird der Antrag angenommen.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr: Kleine Vorlagen und Anträge.

Schluß gegen 3 Uhr.

Politische Uebersicht.

Keine Gefahr für die Fleischversorgung.

Die in einzelnen Provinzen und Bundesstaaten erfolgte Verkürzung der Fleischration ist nicht auf allgemeine Anordnung des Kriegsernährungsamtes zurückzuführen, das für das laufende Wirtschaftsjahr eine Herabsetzung der Ration von 250 Gramm nicht beabsichtigt. Eine Gefahr für die Fleischversorgung liegt nicht vor. Die Gerüchte von einer bevorstehenden Heranziehung von Pferdefleisch zur Fleischversorgung sind völlig unbegründet.

Sächsische Ernährungshilfe für Deutsch-Böhmen.

Der Obmann des Deutschen Volksrates für Böhmen machte dem Vertreter der Bohemia in Prag Mitteilungen über seine in Dresden stattgefundene Aussprache über die Ernährungshilfe Sachsens für Deutsch-Böhmen. Er wurde im Ministerium des Aeußern empfangen und es wurde ihm versprochen, man könne 30 Waggons Trockengemüse und einige Waggons Kraut zu 45 Pf. das Kilogramm liefern. Die Kartoffeln seien der Zeit von Berlin gesperrt und es müßte erst von dort die Bewilligung zu einer Ueberlieferung eingeholt werden. Wie der Korrespondent der Telegraphen-Union mitteilen kann, dürfte auch die Aushilfe in Kartoffeln erfolgen, und zwar in der Form, daß einige sächsische Grenzbezirke angrenzenden deutschböhmischen Notstandsbezirken Kartoffeln leihweise überlassen, welche aber bei Einbringung der österreichischen Kartoffelernte wieder zurückerstattet werden müßte.

Erkrankung im Reichstag. Der Reichstagsabgeordnete Prof. Dr. Neumann-Hofer, Mitglied der fortschrittlichen Volkspartei und Schriftführer des Reichstagsbureaus, ist am Freitag nachmittag während der Sitzung des Reichstages schwer erkrankt.

Gewerkschaftliches.

14. Generalversammlung der Bäcker und Konditoren.

ff. Leipzig, 9. Mai.

4. Verhandlungstag.

Ueber den Punkt: Der Kampf um die dauernde Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit sprach heute Verbandsvorsitzender Altmann-Hamburg. Er schilderte ausführlich diesen bisherigen Kampf, der ein gigantischer gewesen sei. Besonders hartnäckig waren die Auseinandersetzungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, der die Berechtigung des Nachtbackerbots nicht anerkannte und auf dessen Beseitigung hinzielte. Altmann kritisierte dabei scharf die Haltung des derzeitigen Unterstaatssekretärs Dr. Müller. Mit Genugtuung konstatierte er, daß die Regierung auf die Forderung nach Aufhebung des Erlasses nicht einging. Hoffentlich werde die Regierung nun bald ein Gesetz für ein dauerndes Verbot der Nachtarbeit einbringen, was ihre Vertreter zugesagt hätten. Die Organisation werde alles aufbieten, bis das Ziel erreicht sei. Anzuerkennen sei, daß die Generalkommission, das Correspondenzblatt und die Parteipresse es nie hat daran fehlen lassen, den Standpunkt des Verbandes mit aller Schärfe zu unterstützen. Die Forderung auf dauerndes Nachtbackverbot sei Gemeingut der Arbeiterbevölkerung geworden.

Das Referat wurde mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Der Verbandstag nahm einmütig eine Entschließung an, in der gesagt wird:

„Seit drei Jahren und vier Monaten ist nun zum Segen und zur Hebung des allgemeinen Wohlbefindens aller Berufsangehörigen und deren Familien das Bäcker- und Konditoreigewerbe von der Nachtarbeit verschont geblieben. Nicht nur die Arbeiterschaft des Berufes, nein auch die übergroße Mehrzahl der Arbeitgeber begrüßen diesen gewaltigen sozialen Fortschritt und wünschen, daß er dem Berufe dauernd erhalten wird. Dagegen kämpft immer wieder nur eine kleine Gruppe von Inhabern und Leitern von Brotfabriken an, die aus schnöder Gewinnsucht, wenigstens für ihre Betriebe, die Wiedereinführung der Nachtarbeit erstreben.

Wir begrüßen es, daß unsre Gewerkschaft im Bunde mit den andern Arbeiterorganisationen des Berufes und allen andern Gewerkschaften, aber auch im völligen Einverständnis des größten Teils der Arbeitgeber und ihrer stärksten Organisation, dem Germaniaverband deutscher Bäckerinnungen alles daran gesetzt hat, daß bald ein dauerndes, gesetzliches Verbot der Nachtarbeit für das Bäcker- und Konditoreigewerbe kommt. Besonders begrüßen wir die ständige energische Abwehr jener Freunde der Wiedereinführung der Nachtarbeit und der Schiebe, die sie sich zur Erreichung ihrer dunklen Bestrebungen bedienten.

Wir erklären einmütig den festen Willen aller Arbeitskollegen, vor keinem Mittel, auch vor den äußersten Anstrengungen nicht zurückzuschrecken, um das angestrebte dauernde gesetzliche Verbot der Nachtarbeit zu erreichen.

In gleicher Weise verpflichtet sich die Arbeiterschaft des Berufes, alles aufzubieten, daß auch die Sonntagsarbeit in unserm Berufe nicht wieder zur Einführung gelangt, denn die Kriegsjahre haben bewiesen, daß erst nach Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit die Berufsangehörigen mit Lust- und Liebe ihrem erlernten Gewerbe nachgehen konnten, daß die Arbeitsleistung bei Tagesicht und unter Gewährung eines freien Sonntags ganz bedeutend gesteigert ist und daß die Sauberkeit in den Bäckereien und Konditoreien dadurch bedeutend gefördert worden ist."

Hierauf referierte Redakteur Weidler-Hamburg über „Unternehmergewinne und Arbeiterlöhne in unserem Beruf." An der Hand eines reichhaltigen Materials wies der Redner nach, daß die Großbetriebe, besonders in der Süßwarenindustrie, trotz der Betriebsbeschränkung, ungeheure Gewinne erzielen. Die Löhne der Arbeiterschaft seien aber nur dort einigermaßen ansehnlich gestiegen, wo die Arbeiter in der Lage waren, eine günstige Konjunktur rücksichtslos auszunützen. Aus sich heraus hätten die Arbeitgeber der Not der Zeit nur in allerbescheidenstem Maße Rechnung getragen. Es müßten darum alle Kräfte angespannt werden, um eine Hebung der Löhne der Kollegen zu erzielen. (Beifall.)

Ueber die Lehrlingsfrage im Bäcker- und Konditorengewerbe verbreitete sich dann der zweite Vorsitzende des Verbandes, Friedmann-Hamburg. Er kennzeichnete die Lehrlingszüchterei, die besonders im Krieg groß geworden sei, in kritischer Weise. Leider sei der Verband in dem Kampf gegen die Lehrlingszüchterei nur auf sich selbst angewiesen. Die Organisation leiste in den Maßnahmen zur Verhütung der Lehrlingszüchterei Kulturarbeit.

Der Verbandstag stimmte einer Entschließung zu, in der es heißt:

„Alle Funktionäre und Verbandsmitglieder werden verpflichtet, der während des Krieges erschreckend groß gewordenen Zahl der Lehrlinge im Bäcker- und Konditorgewerbe die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist notwendig, daß zu gelegener Zeit immer wieder an die Innungen, aber auch an die Handwerkskammern mit dem berechtigten Verlangen herangetreten wird, daß von ihnen Vorschriften beschlossen werden, durch welche die unverhältnismäßig große Zahl von Lehrlingen in unseren Gewerben eingeschränkt wird.

Das ist nicht nur deshalb notwendig, weil wir bei den dem Gewerbe auferlegten Produktionseinschränkungen, die sicher auch noch einige Zeit nach Kriegsende bestehen bleiben, damit zu rechnen haben, daß große Arbeitslosigkeit unter unsern Berufskollegen eintritt, die noch dadurch vermehrt wird, daß viele Tausende früherer Kleinmeister sich nicht wieder selbständig machen können, sondern versuchen, als Gesellen Arbeit zu finden, sondern es ist auch besonders deshalb notwendig, weil bei der jetzt schon jahrelang üblichen Vereinfachung der Produktion die Lehrlinge auch noch nicht einmal zur Hälfte sich die technischen und fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten aneignen können, welche sie später unbedingt gebrauchen.

Wenn die Arbeitgeber darauf halten, daß der junge Nachwuchs im Gewerbe mit den nötigen Kenntnissen und Fähigkeiten ausgestattet werden soll, um später zu tüchtigen Gehilfen heranwachsen, dann ist es Ehrenpflicht jener Leute, dieses unser berechtigte Streben eifrig zu unterstützen.

Arbeitgeber, die in unverantwortlicher Weise fortwährend eine große Anzahl von Lehrlingen ausbeuten, müssen der Oeffentlichkeit bekannt gegeben werden.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 10. Mai 1918.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7. Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Kartoffeln. Diejenigen Haushaltungen, welche die für die beiden Wochen vom 6.—19. Mai festgesetzte Kartoffelmenge von 13 Pfund auf den Abschnitt 7 der Kartoffelkarte noch nicht bezogen haben, können diese noch am Montag und Dienstag in der Talamtschule einkaufen.

Butter. Von Donnerstag bis Sonnabend auf Abschnitt 20 der neuen Fettkarte jede Person 45 Gramm.

Eier. Montag, vormittags von 8—12 Uhr Nr. 19 001—23 500, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 23 501—28 000 der Lebensmittelscheine in der Talamtschule. Jede Person zwei Stück für 33 Pfennig pro Stück.

Quark. Montag auf Abschnitt 5 des besonderen Bezugsschein für Kinder und der Lebensmittelscheine Nr. 42 001—49 000 in den Milchhandlungen von Hinsche, Gr. Gosenstraße 21, Meinhardt, Gr. Brunnenstraße 36, Jacksch, Gr. Brunnenstraße 16. Jede Person ½ Pfund zum Preise von 37 Pf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180511-16/fragment/page=0003

Der Hauptausschuß des Reichstages über die Ostpolitik.

General **v. Wrisberg** teilt mit, daß bei dem Vormarsch der Finnen auf Petersburg deutsche Truppen nicht beteiligt sind und sich auch nicht beteiligen werden.

Abg. Noske (Soz.):

Herr v. Payer glaubte eine völlige Uebereinstimmung zwischen Regierung und Heeresleitung feststellen zu können. Trifft das auch zu auf die Ostpolitik? In der Regel ist es überall anders gegangen, als wie die Reichsleitungen versichert hat. Die Reichsleitung wollte eine Deputation aus Litauen empfangen, die Heeresleitung hat es nicht zugelassen. Die Uebereinstimmung war offenbar nur dann zu erzielen, wenn die Reichsregierung sich gefügt hat. Es war unsere Pflicht, über die Vorgänge in Kiew Aufklärung zu fordern, denn der Reichstag hat den Frieden mit der Ukraine gutgeheißen. In dem Verhalten der Regierung kann man fast eine Probe darauf erblicken, welches Maß von Belastung

die Geduld unseres Volkes

noch aushält. Das gilt sowohl von der inneren, wie auch von der auswärtigen Politik. Man konnte in der letzten Zeit sich des Eindruckes nicht erwehren, daß wir einen Rückfall in das persönliche Regiment erleben. Damit ist eine Zick-Zack-Politik schlimmsten Angedenkens verbunden. Der Bizekanzler hat behauptet, das Hamburger Echo habe die Expedition nach Finnland gutgeheißen. Ich stelle fest, daß dies durchaus nicht der Fall ist. Eine Frage zu dem Zuge nach Finnland: Betreiben etwa amtliche Stellen eine Thronkandidatur des Herzogs von Mecklenburg? Würden deutsche Truppen die Grenzen Rußlands überschreiten, so wäre das ein neuer Krieg mit Rußland. Die Regierung hat leider keine Antwort auf die Frage gegeben, ob ein Protest Rußlands vorliegt gegen den Einmarsch deutscher Truppen in Taurien. Wir sind allerdings der Meinung, daß die Vorgänge im Osten einen Frieden im Westen erheblicher schweren. Was in den letzten Wochen geschah, muß in der Welt die letzten Reste von Zutrauen zu Treu und Glauben der deutschen Politik vernichten. Offenbar ist der Handel zwischen Bayern, Sachsen und Preußen über

die Verteilung der Herzogshüte

noch nicht fertig. Wir forderten vom Kanzler, daß er daran festhält, daß wir in die Verhältnisse in Estland und Livland nicht hineingezogen haben. Statt dessen ist man dabei, eine regelrechte Vergewaltigung dieser Gebiete vorzunehmen. Die Handvoll Besitzer, die man dem Kaiser vorgeführt hat, sind nicht die Vertreter des Volkes gewesen. Die Zensur unterdrückt auch hier die Wahrheit. In der Ukraine hat jetzt General v. Eichhorn die Herrschaft an sich gerissen. Es hat keinen Zweck, zu bestreiten, daß in der Ukraine zwischen Deutschen und Oesterreichern gewisse Unstimmigkeiten bestehen. Der Entwicklung der inneren Verhältnisse gegenüber hätte Deutschland ruhig den Zuschauer spielen können. Es hatte nicht nötig, als eine Art Kommunesichäter in der Geschichte zu erscheinen. In Kiew ist unter unserer Mitwirkung der Traum aller Reaktionäre verwirklicht worden: Der Sieg des Leutnants mit seinen zehn Mann, der die Volksvertretung auseinandertrieb. Gegen diese Politik erheben wir den entschiedensten Protest.

Unterstaatssekretär v. Braun

verwahrt sich dagegen, daß er den Versuch gemacht habe, sich in die inneren Verhältnisse der Ukraine einzumischen. Er habe nur einen ganz unverbindlichen Ratschlag über die Landfrage gegeben, als man ihn darum befragt habe. Wenn der neue Hetmann diesen Rat befolgt habe, so sei dies der Sieg der Vernunft über weltfremde Reformpläne gewesen. Jedenfalls gehe daraus nicht hervor, daß die neue Regierung eine Schöpfung Deutschlands sei.

Abg. Frhr. v. Rechenberg (Zentr.)

ist in der Hauptsache mit den Darlegungen des Vizekanzlers einverstanden, wenn auch nicht zu verstehen ist, weshalb das Getreideabkommen mit der Ukraine nicht veröffentlicht worden ist. Stets wird berichtet, daß unsere Truppen jubelnd als Befreier begrüßt wurde, nach einiger Zeit aber komktes meistens anders. Wie weit sollen denn unsere Truppen im Osten noch vordringen? (Abg. David: Bis Wladiwostok!) Deshalb müsse man die Absichten der deutschen Regierung kennen lernen. Es ist noch immer nicht festgestellt, ob General v. Eichhorn nach seinen Instruktionen berechtigt war, den Feldbestellungsbefehl zu erlassen. Feldmarschall v. Eichhorn kann der Verfasser des Erlasses nicht sein, denn das Schriftstück ist so, daß man fast an dem gesunden Menschenverstand des Verfassers zweifeln könne. Geradezu verwunderlich aber ist es, daß das Auswärtige Amt keine Aenderung von der Parteistellung der neuen Minister hat, daß man insbesondere nicht weiß, daß man es mit Leuten zu tun hat, die im absoluten Gegensatz zum Volke stehen. Die Annahme ist nicht

von der Hand zu weisen, daß

der Hetmann das Zarat anstrebt.

Die Erklärung, daß wir die finnisch-russische Grenze nicht überschritten werden, ist erfreulich, man muß aber auch auf die Finnen einwirken, das ihrerseits auch nicht zu tun, weil **das** eine Verletzung des Friedens von Brest-Litowsk wäre. Zu bedauern ist, daß man den Finnen einen deutschen Fürsten aufdrängen wolle. Die Finnen sind republikanisch und deutsche Fürsten sind doch schließlich keine Exportmittel. Die ganze Militärherrschaft dort und in Polen hat keine Berechtigung mehr! Redner beantragt, den Kanzler zu ersuchen, dem Haushaltsausschuß die Instruktionen mitzuteilen, die vor dem Einrücken in die Ukraine erteilt worden sind. Heute weiß kein Mensch, wohin die Reise geht.

Abg. Dr. Südekum (Soz.)

schließt sich diesem Antrag an. Wir erfahren das, was vorgeht, immer nur durch die Verbote der Zensur, darüber zu berichten. An einflußreicher Stelle stehen Leute, die bestrebt sind, jedes Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Reichstag zu hintertreiben. In der Verwaltung in den östlichen Gebieten sitzen nur Leute einer bestimmten Partei und einer bestimmten Richtung. Das Vorgehen in der Ukraine ist geradezu abschreckend, die Vergewaltigung der Rada vergißt das Volk nie. Am 27. März bot Hollubowitsch ein Kompromiß an, d. h. eine Umwandlung der Regierung. Weshalb ist die deutsche Regierung nicht darauf eingegangen?

Abg. Erzberger (Zentr.):

Die Praxis gegenüber den Randländern läuft auf eine Vergewaltigung hinaus. Der Reichstag hat die Pflicht, seine Schuldigkeit zu tun, damit Deutschland vor unabsehbarem Unglück bewahrt bleibt. Redner rekapituliert noch einmal die Entwicklung der Vorgänge in der Ukraine und bestätigt die Angaben Südekums über das Kompromißangebot an die deutsche Regierung. Eine Antwort erfolgte nicht. Wenn Oesterreich nicht protestiert hätte, dann hätte man damals sofort die deutsche Militärdiktatur eingeführt. Der Feldbestellungserlaß hat geschadet, aber nichts genutzt. Die Geschichte mit der sizilianischen Vesper ist ein Hirngespinst. Es handelt sich um weiter nichts als um einen militärischen Staatsstreich. Ein deutscher Offizier erschien in der Rada, rief in russischer Sprache:

Im Namen der deutschen Regierung: Hände hoch!

Dann schritt man zur Verhaftung der Minister. Daran schloß sich der von 216 Personen besuchte Bauernkongreß an, der mit dem Ruf geschlossen wurde: „Auf Rußlands Wohl und der Ukraine!" Deutsches Militär trat dann zum Schutze des Hetmans Skoropadsky an und verhinderte das Eingreifen des ukrainischen Militärs zum Schutze seiner Regierung. Trotz aller Mühe vermag der Hetman keine Minister zu bekommen, die einen Rückhalt im Volke haben. Deshalb die Unterredung des Generals Gröner mit den Sozialisten, von deren Antwort man nichts weiß. Wir haben heute in der Ukraine eine deutsche Militärdiktatur mit dem Aushängeschild eines Hetmans. Eine Politik wie die bisherige könne das Zentrum nicht mehr verantworten. Die Entscheidung muß bei der Reichsregierung liegen, die allein die Verantwortung zu tragen hat. Die Taten müssen endlich den Worten entsprechen. Das Zentrum fordert: Anordnungen nur mit Zustimmung des Kanzlers; Veröffentlichung des gesamten Friedensvertrages von Brest-Litowsk; Lieferung der zugesagten Austauschartikel an die Ukraine; Erklärung der Regierung, ob sie gewillt ist, eine klare Nationalitätenpolitik zu treiben.

Abg. v. Gräfe (Kons.):

Man muß es der Regierung überlassen, inwieweit sie die Wünsche des Zentrums berücksichtigen will. An der Entwicklung der Dinge in den besetzten Gebieten ist die Mehrheit des Reichstags mit schuld, weil sie Theorien aufgestellt hat, die praktisch nicht durchführbar waren. Die Maßnahmen in der Ukraine sind kein militärischer Staatsstreich, denn der deutsche Gesandte war ausdrücklich damit einverstanden.

Abg. v. Trampczynski (Pole)

findet es für unbegreiflich, daß man immer Angst vor den Polen habe. Die Polen in der Ukraine wollen weiter nichts als eine gesicherte Existenz. Die deutsche Militärverwaltung hätte sich passiv verhalten müssen. Auf ein unwissendes Volk müssen sozialistische Ideen direkt als Gift wirken. Erst wenn diese Ideen unterdrückt und der Besitz wieder hergestellt ist, kann in der Ukraine Ordnung einkehren.

Abg. Dr. Stresemann (Natl.)

warnt vor einer Diskreditierung der Regierung, wie sie in den Forderungen des Zentrums liegen, und die letzten Endes kriegsverlängernd wirken müsse. Die ganze Natur der Ostfragen führt dazu, daß alles nur im Einvernehmen zwischen Reichsleitung und Heeresleitung veranlaßt werden kann und deshalb sei es höchst bedenklich, immer wieder einen Gegensatz zu behaupten. Gerade in der Zeit des Wahlrechtskampfes in Preußen bedürfe die Regierung der größten Autorität, die in Frage gestellt sei, wenn die Forderungen des Zentrums Annahme finden sollten.

Abg. Haase (U. Soz.):

Wir müssen der Ukraine gegenüber die Verträge erfüllen und insbesondere unsere Truppen sofort zurückziehen. Es bedeutet eine Verletzung des Friedens mit Rußland, daß unsere Truppen in die Krim eingerückt sind. Ist es wahr, daß wir aus der Ukraine Munition herausgeholt haben? Weshalb wird der Postverkehr mit Rußland nicht wieder hergestellt? Wie kommt es, daß die Russen noch immer in Deutschland als feindliche Ausländer behandelt werden? Wie kommt es ferner, daß der Belagerungszustand über Königsberg, das jetzt nicht mehr bedroht ist, nicht aufgehoben wird?

Eine Antwort erfolgte nicht. Damit war die Aussprache geschlossen.

Bekanntmachung.

Die Ausgabe der **Warenbezugsscheine (Serie 16)** findet vom **Montag, dem 13. Mai 1918 an** in den städtischen Markenausgabestellen und zwar zugleich mit der Ausgabe der Brotmarken statt.

Halle, den 10. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, **Montag, den 13., Dienstag, den 14. und Mittwoch, den 15. Mai 1918,** bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in nächster Woche zum Verkauf gelangenden **Grieß abzuholen.**

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 10. Mai 1918. **Der Magistrat.**

Möbel
sind in großer Auswahl vorrätig. Wir haben kompl. Schlafzimmer-, Küchen-, auch ganze Wohnungs-Einrichtungen, Küchen, ferner einzelne Bettstellen mit Patentrahmen und dreiteiligen Auflegematratzen, Kissen, Spiegel, Trumeaus, Sofa-Umbauten, Schreibtische, Sessel etc.
Auf Wunsch Teilzahlung
Eichmann & Co.
Größt. Waren- u. Möbel-Kredithaus
Gr. Ulrichstr. 51, Eingang Schulstraße.

Wittekind altberühmtes Solbad in anmutiger, geschützter Lage im Nord. von Halle S. Sol-, Kohlensäure- u. mit echter Schmiedeberger Eisenmoorerde zubereitete Moorbäder. Solquelle mit kräftiger Radioaktivität. Elektr. Lichtbäder. Kurpark in Verbindung mit dem romantisch gelegenen Zoologischen Garten auf dem Reilsberge. In nächster Nähe: Bürgerpark, Burgruine Giebichenstein mit altem Park, Klaus- und Galgenberg. Nachtigallenindsl und Bergschenke. Wohnungen im Kurhause und in den Villen des Bades. Aerztliche Behandlung übernehmen alle medizinischen Professoren und Aerzte Halles. Medizin. Leitung des Bades: Geh. San.-Rat Dr. Mekus. Das Bad ist Eigentum der Stadt Halle a. S. und wird von dieser selbst verwaltet. Der reichillustrierte Prospekt wird interessenten auf Wunsch kostenfrei zugesandt. Fernruf: Direktion, Halle a. S. Nr. 6844. Badeanstalt: Fernruf Nr. 2875 (für Bestellung der Bäder). [1060

Am Pfingstsonnabend, dem 18. Mai
bleiben die Kassen und Geschäftsräume sämtlicher Mitglieder der
Vereinigung Hallescher Bankfirmen
geschlossen.
1175]

Bekanntmachung
Die Wanderausstellung „Das Kleinkind"
ist bis zum **20. Mai 1918 jeden Tag von 10 bis 1 und von 4 bis 7 Uhr** geöffnet. Eintrittsgeld 20 Pf., Montags 1 M. Führung um 11 und 4 Uhr, daran schließt sich am 1., 6., 13. und 16. Mai **die Besichtigung der Betheke-Lehmann-Stiftung.**
Halle, am 29. April 1918.
Der Magistrat.

Umpreßhüte
werden angenommen. Preis 3.50 M.
Lieferzeit 3—4 Wochen.
Umarbeitungen nach neuester Form.
Große Auswahl in Blumen.
Fritz Mösenthin
Burgstraße 1, gegenüber der Burg.
912]

Neu eingetroffen
Gummisohlen,
billigst für Herren und Damen [943
Herren-Absätze,
in allen Größen
Damen-Absätze,
in allen Größen von 40 Pf. an.
Gummiwaren-Haus
Gr. Ulrichstr. 35.

Schuhe
werden mit Lederflicken und Lederriemen besohlt und repariert. [1100
Hoffmann, Schlägerstr. 20.

Gustav Uhlig
Untere Leipziger Straße
Billige, gute Bezugsquelle
in vorteilhaften
Musikinstrumenten
für unsere Krieger im Felde und Verwundeten in der Heimat. Dauerhafte, rein abgestimmte
= Mundharmonikas =
Mandolinen, Gitarren
Wiener Ziehharmonikas.
Sonntags geöffnet von 1/2 12 bis 1/2 2 Uhr. [949

Stadt-Theater
Sonntag, 12. Mai, nachm. 3 Uhr: Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen:
Kabale und Liebe.
Trauerspiel von Schiller.
Abends 7,30 Uhr. Ende nach 10 Uhr:
Erstaufführung:
Die Rose von Stambul
Operette von Leo Fall.
Montag, 13. Mai:
Anfang 7,30 Uhr Ende 10,15 Uhr
Das Dreimäderlhaus.
Musik nach Franz Schubert.

Thalia-Theater
Sonntag, den 12. Mai 1918 abends 7 1/2 Uhr: [1178
Gastspiel des Stadttheater-Personals
Hasemanns Töchter,
Lustspiel von L'Arronge.

Bad Wittekind.
Sonntag, 12. Mai, früh 7—9 Uhr:
Früh-Konzert
nachmittags 3 1/2 Uhr:
Kur-Konzert
vom Stadttheater-Orchester.
Eintrittspreise:
Früh: Erwachsene 25 Pf., Kinder 20 Pf.
nachm.: Erwachsene 35 Pf. Kinder 20 Pf., einschl. städt. Kartensteuer.
Dauerkarten [1177 haben Gültigkeit!

Zoo
Sonntag, 12. Mai:
Billiger Sonntag
Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Nachmittags-Konzert
vom Görlach-Orchester
Abends 7 1/2 Uhr:
Großes Abend-Konzert.
Eintrittspreise: Früh u. nachm. für Erwachsene 40 Pf., von 7 Uhr an 30 Pf., Kinder 20 Pf., Militär ohne Dienstgrad vorm. 10 Pf., nachm. 20 Pf.
Bei ungünstigem Wetter finden die Konzerte im Saale statt. [1176

Alte, abgespielte auch 1046] zerbrochene
Grammophon-Platten
kauft zu festgesetzten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Uhlig
Uhren u. Musikwerke, untere Leipziger Str.
Sonntag geöffnet nam. 20 bis 5,30 Uhr vorm. und mittags von 11,30 bis 1,30 Uhr.

Die Gleichheit
sozialdemokratische Frauenzeitung
Nr. 8
eingetroffen.
Buchhandlung Volksstimme
Halle, Gr. Ulrichstraße 27

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180511-16/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 106. Halle, Sonnabend den 11. Mai 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 11. Mai 1918.

Hans im Glück.

Eine Teuerungs-Groteske.

Unser Magdeburger Parteiblatt bringt folgende Schnurre, die leider nur allzu viel Wahrheiten enthält:

Ohne Zweifel: Wir waren wütend über den konservativen Herrn, der in der Kommission zur Vorbereitung des Siebenklassenwahlrechts für Preußen den Ausspruch tat, „daß diejenigen Menschen den schönen Krieg nicht wert seien, die nicht mindestens 6000 Mark auf die hohe Kante gelegt hätten.“

Da war einer, der ein blühendes Geschäft aufgeben mußte; ein andrer hatte seinen Laden schließen müssen; der dritte hatte ein Häuflein kleiner Kinder und eine kränkliche Frau daheim; fast alle aber mußten zur Aufbesserung der schmalen Löhnung die Spargroschen angreifen. Nur der Bauerngutsbesitzer, der wöchentlich nicht unter drei Pakete mit Kuchen, Schinken, Speck und andern Fettigkeiten erhielt, warf einen viertelpfündigen Klecks Butter in die fleischlose Grießsuppe und studierte schmatzend und schlürfend, was ihm die teure Gattin über die Einnahmen aus dem Hintenherumhandel schrieb. Ihm hatte der Edle im Landtag aus der Seele gesprochen.

Indessen, heute weiß ich: Der Mann hatte dennoch recht; man muß die Dinge nur aus dem richtigen Gesichtswinkel betrachten.

Diesen Winkel fand ich in der Ausstellung für Kriegsmöbel, dort, wo das Ersatzsofa für 170 Mark steht. Zu liebes, molliges, federndes Kanapee, wie hatte dir verändert: Eine papiergepolsterte Streckbank und für beinahe 60 Taler! Wehmütig betrachtete ich diese Mißgeburt eines Ruhebettes, die so viel Aehnlichkeit mit einer Wachpritsche hat. Aber zugleich blitzte mir auch Erleuchtung durchs Marmeladenzin.

Wie, sagte ich mir, wenn diese Bank 170 Mark gilt, was ist dann dein wirkliches Sofa wert? Das Dreifache, das Fünffache, nein, gehnmal so viel! Doch bleiben wir in der berühmten mittleren Linie. Mache für die zwei „im Besitz Habenden“ Sofas 1700 Mark.

Nun war der Knoten gerissen, der neue Maßstab gefunden. Ich erfuhr, daß eine Hose, für die der Verkäufer 3 Wochen Haltbarkeitsgarantie bietet, 80 Mark und mehr kostet, 1 Paar Stiefel mit Holz- oder Papierabsätzen 80 Mark, daß ein Bettlaken von 4 auf 100 Mark im Preise gestiegen ist. Und alles andre in ähnlichem Verhältnis.

Da schritt ich zu einer Besitzaufnahme in meiner Wohnung, ganz methodisch. Die schon erwähnten Sofas bildeten den Grundstock. Die beiden Betten, die vor 25 Jahren neu waren, wurden mit 2000 Mark eingesetzt, ein Chaiselongue aus einer ausrangierten Bettmatratze, die wir vor langen Zeiten nicht unbemerkt auf eine Schuttabladestelle schaffen konnten, stieg auf 500 Mark, ein abgelegtes Jackett, für das ein Althändler vor dem Kriege, vielleicht 50 Pf. gegeben hätte, brachte es auf 50 Mark. Tische, Stühle, Schränke, Wäsche, Bilder, Bücher erlebten eine zeitgemäße Wertschätzung.

Dann trat ich feierlich vor meine Frau und sagte: „Weißt Du, daß wir in den 3 Jahren meines Soldatseins zu 36 000 Mark Vermögen gekommen sind?“

„Nee, das weiß ich nicht, aber daß Du verrückt geworden bist, scheint mir sicher.“

Doch Zahlen beweisen. Es wurde mir nicht schwer, ihr glaubhaft zu machen, daß wir tatsächlich Vermögenswerte in der angegebenen Höhe besitzen, ja, daß diese mit jedem Tag, automatisch, ohne Zinsertrag, größer werden.

Für diesmal ist es ja zu spät, aber bei der neunten oder zehnten Kriegsanleihe werde ich dem Reiche die Hälfte unseres Besitzes gegen 20 000 Mark in Schatzscheinen verpfänden und nach Friedensschluß übergeben.

Unsern schwergeplagten Reichstagsabgeordneten überweise ich meine neue Werttheorie als Material bei der Beratung der Dreimilliardensteuervorlage. Nehmen sie meine Entdeckung an, kommen sie zu ganz andern Ergebnissen. Hatte Helfferich das Nationalvermögen der Deutschen vor dem Krieg auf 360 Milliarden geschätzt, kann es jetzt auf wenigstens 3000 Milliarden berechnet werden. Wie lächerlich winzig erscheinen dagegen die geforderten 3000 Millionen!

Auch der Friede rückt dadurch näher. Wir brauchen keine Kriegsentschädigung, können vielmehr den Franzosen für die durch den Krieg verwüsteten Landstriche 50 oder 100 Milliarden schenken. Gewissermaßen aus der Westentasche, mit der Gebärde des Lebemanns, der einem Kellner für ein zerbrochenes Glas einen blauen Lappen als Trinkgeld gibt.

Dem hochgebornen Herrn Junker aus der preußischen Wahlrechtskommission leiste ich aber hiermit feierlich Abbitte!

•

Teuerungszulagen zum Krankengeld.

Unter der allgemeinen Entwertung des Geldes haben besonders die auf Unterstützungen angewiesenen Kranken und Erwerbsunfähigen schwer zu leiden. Schon in normalen Zeiten reichte z. B. das Krankengeld nicht zur Bestreitung des Lebensunterhalts, geschweige denn jetzt. Um nun die Not der Kranken zu lindern, kamen schon bald nach Ausbruch des Krieges verschiedene Krankenkassen — darunter auch die allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Halle a. S. — dazu, Teuerungszulagen zum Krankengeld zu gewähren. Das Reichsversicherungsamt hielt das jedoch auf Grund der bestehenden gesetzlichen Vorschriften für unzulässig. Es erging deshalb eine Bundesratsverordnung vom 22. November 1917, die den Kassen ausdrücklich gestattet, sowohl solche Zuschläge zum Krankengeld zu gewähren, als auch sonst dieses selbst den Familienverhältnissen der Kranken anzupassen.

Die Ortskrankenkasse Halle griff sofort diese Möglichkeit auf und gewährt den Kranken seit 1. Januar 1918, gleichviel, in welcher Lohnstufe sie sich befinden, sofern sie verheiratet sind oder einen eigenen Hausstand führen, einen Zuschlag zum Krankengeld von 25 Pf. täglich, und wenn sie zwei oder mehr Kinder im Alter bis zu 15 Jahren aus ihrem Arbeitsverdienst zu erhalten haben, einen Zuschlag von 50 Pf. Die gleichen Zulagen erhalten auch die Wöchnerinnen. Sind diese Zulagen auch gering, so sind sie doch besser wie nichts.

Von den übrigen Hallschen Krankenkassen hatten seinerzeit nur drei gleichzeitig mit der Ortskrankenkasse Teuerungszulagen eingeführt, und zwar die Betriebskrankenkassen der Firmen Wegelin & Hübner, Hallesche Maschinenfabrik und Weise & Monski. Von diesen Kassen hat aber die letztgenannte die Zuschläge inzwischen bereits wieder aufgehoben, und die Hallesche Maschinenfabrik ist im Begriffe, es zu tun, so daß nur die Kasse von Wegelin & Hübner noch übrig bleibt. **Die übrigen 25 Hallschen Betriebs- und Innungskrankenkassen denken zur Zeit gar nicht daran, die Mehrleistung einzuführen.** Das ist bedauerlich. Die Versicherten-Vertreter in den Kassenorganen dieser Kassen sollten dahin wirken, daß die Verbesserung der Unterstützungseinrichtungen allen Krankenkassenmitgliedern der Stadt Halle zugute kommt.

---

* **Erste Ernte.** Diesmal hat es der Frühling gut gemeint. Er hat Regen und Sonnenschein, Kühle und Wärme mustergültig verteilt. Da ist es kein Wunder, daß sie sich draußen in der Laubenkolonie bereits an die erste Ernte machen. Mit dem Spinat ist es nämlich so weit, daß er gepflückt werden kann. Nun mag das Dürrgemüse sich alle Liebhaber suchen! Der Bann der nachwinterlichen Uebergangszeit ist gebrochen. Der Sommer beut seine erste Gabe dar. Fleißig regen sich alle Hände. Keine der ungezählten kleinen Parzellen liegt heute unbesucht da. Gebeugt und auf die Knie gebückt hantieren sie alle an den Spinatbeeten. Sachtundig wird jedes einzelne Pflänzlein gerupft und in den bereitstehenden Korb geworfen. Wer irgend mithelfen kann, ist hinzugezogen worden. Denn diese erste Erntearbeit muß besonders flink von der Hand gehen. Sobald das Beet abgeerntet ist, wird es umgegraben und mit neuer Aussaat bestellt. Selbst die Kleinsten und Jüngsten wollen da nicht feiern. Und den Erwachsenen fällt es oft schwer, den Kindereifer dieser Hilfskräfte, die kaum auf den eignen Beinen recht stehen können, zu zügeln und zu dämpfen, damit er nicht mehr Schaden als Nutzen schafft. Ein buntes Bild ist es, das sich da den Augen auftut. Frauen mit hochgeschürzten Röcken sind bei der Arbeit. Mädchen mit fliegenden Zöpfen helfen ihnen. Halbwüchsige Jungen sind bereits mit dem Umgraben der schon abgeernteten Beete beschäftigt. Kleinere wieder tragen Körbe hin und her. Jeder tut auf seine Art seine Pflicht. Und jeder tut es mit Eifer und mit Freude. Das sieht man nicht zuletzt an den geröteten Gesichtern und den blitzenden Augen. Ein gewisser Ehrgeiz treibt die Nachbarn an, sich nicht zuvorkommen zu lassen und sich im Ernteertrag und in den Aufräumungsarbeiten nicht beschämen zu lassen. Die Sonne aber meint es mit allen gut, die sich da im Schweiße ihres Angesichts mühen. Sie gießt ihr goldnes Leuchten in verschwenderischer Fülle und gibt dem hübschen Frühlingsbilde ihren warmen, lieben Glanz.

* **Die „Eisheiligen“ sind da.** Der Frühling überwindet jetzt das letzte Stadium, in dem ein Rückfall in winterliche Sitten noch möglich ist. Die drei Eisheiligen sind da, die gefürchteten hösen Herren Mamertus, Pankratius und Servatius, die kalendermäßig am Sonabend, Sonntag und Montag regieren sollen. Hoffentlich machen sie es gnädig, wozu ja alle Hoffnung vorhanden ist bei dem warmen Frühlingswetter, das jetzt tagsüber herrscht und dem auch schon wärmere Nächte folgen.

* **Mahnung an Obstbaumbesitzer.** Von erfahrenen Obstzüchtern wird darauf aufmerksam gemacht, daß es zur Zeit der Baumblüte unbedingt notwendig ist, die Obstbäume reichlich zu bewässern, um ihnen die nötige Nahrung für die volle Entwicklung der Blüte zuzuführen. Nur durch eine vollentwickelte, gesunde Blüte ist es möglich, auf einen kräftigen und reichlichen Fruchtansatz zu rechnen.

* **Keine Herabsetzung der Fleischration.** Von anscheinend amtlicher Stelle wird bekanntgegeben: Das Kriegsernährungsamt plant für das laufende Wirtschaftsjahr keine Herabminderung der jetzigen Ration von 250 Gramm. Eine Gefahr für die Fleischversorgung besteht nicht. Die Gerüchte, daß eine Heranziehung auch von Pferdefleisch geplant sei, sind völlig unbegründet.

* **Einmachezucker** soll in nächster Zeit wieder zur Verteilung gelangen, so teilen auswärtige Blätter mit. Wie es heißt, kommen auf den Kopf der Bevölkerung einige Pfund. Die genaue Menge ist noch nicht festgesetzt. Von den Verteilungsstellen ist Vorsorge getroffen, daß an diejenigen Haushaltungen, die keinen Einmachzucker haben wollen, die gleiche Menge Kunsthonig zur Ausgabe gelangt. Ob sich das auf Deutschland ganz allgemein bezieht oder nur auf einzelne Städte, ob also auch Halle dabei in Frage kommt, entzieht sich unsrer Kenntnis. Zu wünschen wäre uns dieser Zucker wohl.

* **Zur Lohnbewegung der Gastwirtsgehilfen,** von der wir bereits wiederholt berichteten, melden jetzt bürgerliche Blätter: Eine öffentliche Versammlung der gastwirtschaftlichen Angestellten, die vom Reichsverband der Gasthausangestellten einberufen worden war, tagte im „Bräuer Schießgraben“. Anwesend waren Vertreter des Deutschen Kellnerbundes, des Verbandes der Gastwirtsgehilfen, der hiesigen Lokalvereine, des Sozial-Ausschusses und anderer Berufe. Der Verbandsvorsitzende, Herr Schaar-Hannover, besprach die Lohnbewegung. Er tadelte das Verhalten der hiesigen Wirteorganisationen gegenüber den Forderungen der Gehilfenschaft. Der Redner schilderte die wirtschaftliche Lage der Gasthausangestellten und suchte nachzuweisen, daß die Wirte wohl in der Lage seien, die, man dürfe sagen, bescheidenen Forderungen der Gehilfen zu erfüllen, aber der gute Wille scheine zu fehlen. Wenn nunmehr die Gehilfenschaft andre Wege zu beschreiten gezwungen sei, so trügen dafür die Gastwirtsvereine die Verantwortung. Einstimmig wurde eine entsprechende Entschließung angenommen, in der aber auch noch protestiert wurde gegen die lohndrückende Tätigkeit der gewerbsmäßigen Stellenvermittler und besonders auch dagegen, daß die Wirtevereine die Stellenvermittler benutzen, wo die Stellensuchenden ihr Recht auf Arbeit teuer bezahlen müssen. Die Versammlung beauftragte die Organisationen, alle geeigneten Schritte bei den in Frage kommenden Behörden, Verbänden und Vereinen usw. zu unternehmen und insbesondere das Generalkommando und die Kriegsamtstelle von dem Verhalten der Wirtevereine in Kenntnis zu setzen. Insbesondere forderte die Versammlung die Gehilfenverbände und Vereine auf, in Halle in den wirtschaftlichen Fragen ein gemeinsames Zusammenwirken auf dem Boden der neugegründeten Arbeitsgemeinschaft ungesäumt in die Wege zu leiten.

* **Einschränkung der Pfingstreisen.** Die Eisenbahnverwaltung fordert die Bevölkerung auf, alle nicht unbedingt nötigen Reisen zu Pfingsten zu unterlassen. Um einer Ueberfüllung der Bahnsteige und der damit verbundenen Verzögerung in der Abwicklung des Verkehrs wirksam entgegen zu treten, soll auch diesmal kein Vorverkauf von Fahrkarten stattfinden. Die Reise muß am Tage der Lösung der Fahrkarte angetreten werden.

* **Und immer wieder: Schutz den Anlagen!** Jetzt ist die Zeit, in der viele Kinder zu Spielzwecken sich Maikäfer fangen, um sie einen oder mehrere Tage in einem Kästchen zu halten, bis sie verendet oder — was wohl meistens der Fall ist — wieder entwischt sind. Zur Ernährung dieser Schädlinge holen sich die Kinder Blätter und Zweige von Bäumen und Büschen. Dagegen wird ja niemand etwas einzuwenden haben, wenn nur die Kinder auch genügend Rücksicht auf die Bäume und gärtnerischen Anlagen nehmen wollten. Aber wie wenig das geschieht, wie beim Futterholen und beim Fangen der Käfer gewüstet wird, davon kann man sich bei einem Gang durch die Anlagen usw. überzeugen. Triebe und Blütenzweige von Sträuchern und Bäumen, ja ganze Aeste werden sinnlos heruntergerissen und oftmals wertvolle Anpflanzungen auf längere Zeit hinaus verstümmelt. Dieser Unfitte muß ganz entschieden entgegengetreten werden. Namentlich den Eltern sei ans Herz gelegt, ihre Kinder zu warnen, zumal sie für den durch die Kinder verursachten Schaden haftbar sind.

Handel und Wandel.

[2] Von F. W. Hackländer.

„Aber Schmiedin,“ sagte sie, „jedes Ding hat seine Zeit; jetzt fehlt ja noch eine ganze Viertelstunde an drei Uhr.“ — „Ach, Frau Pastorin,“ antwortete jene, und ich konnte trotz meiner halbgeschlossenen Augen sehen, wie ihr Blick von Tränen feucht wurde, „lassen Sie mich doch! Die paar Minuten steh ich gerne so, damit die Medizin genau zur rechten Zeit genommen wird, denn das hat der Herr Doktor ausdrücklich befohlen.“ — „Wem nicht zu raten, dem ist nicht zu helfen,“ brummte die Großmutter, und ich schlief nach dieser Szene wieder ein.

So oft ich am Tage wieder erwachte, und auch meistens in der Nacht, war die Schmiedin da und schaute mich wehmütig an. Zu meiner großen Schande muß ich gestehen, daß ich nicht viel gute Worte für die arme Person hatte, sie vielmehr eines Tages sehr beleidigte. In gesunden Tagen hatte mich ihr weinerliches Wesen sehr geriert, und da es meistens mit meinen Interessen Hand in Hand ging, so mochte ich es wohl leiden; aber ich weiß nicht, woher es kam, daß ihr ewig kummervolles Gesicht, sowie ihre Tränenfluten jetzt, da ich im Bett lag, einen unangenehmen Eindruck auf mich machten. Genug, ich sagte es eines Tages der Großmutter, die mir ruhig erwiderte: „Gewohnheiten, böse Gewohnheiten!“ und es der Schmiedin wiedererzählte. Später erst hat mir die gute Person vertraut, wie furchtbar ich sie damit gekränkt; der Großmutter aber antwortete sie, während ihre Tränen an Nase, Kinn und Halstuch kleine Wasserfälle bildeten: „O Frau Pastorin, von Natur bin ich vom festesten Charakter, den nichts zu erschüttern vermag; aber wenn dem Kinde, das ich von Geburt an gepflegt, etwas Leides geschieht, da muß ich weinen, und wenn es unser Herrgott verböte.“ — Daß ihr die Großmutter über die letztere unchristliche Aeußerung den Text las, kann man sich denken; aber den Vorwurf über ihre Weinerlichkeit hatte sie sich gemerkt und gab mir später in meinem Bett viel Stoff zur Heiterkeit. Die merkwürdigen Gesichter, welche die Schmiedin von jetzt an schnitt, um das Weinen zu verbeißen und lächelnd auszusehen, hätten einen Todkranken lustig stimmen müssen.

In der Reißmehlschen Angelegenheit hatte ich der Schmiedin wieder sehr viel zu verdanken: sie brachte im weiblichen Kollegium, das sich täglich in meinem Zimmer versammelte, mit unerschütterlicher Kaltblütigkeit die fürchterlichsten Anklagen gegen den Prinzipal, gegen Philipp und namentlich gegen Jungfer Barbara vor, und motivierte dieselben aufs glänzendste, so daß selbst die Großmutter gestehen mußte: ja, es sei nicht das rechte Haus gewesen. — „Ach, Frau Pastorin,“ schluchzte die Schmiedin mit trocknen Augen, „ich hab es ja immer gesagt, die Jungfer Barbara ist eine bösartige Person, und das arme Kind in dem finsteren unheimlichen Hause — nein, das war nicht zum Aushalten!“ — „Ja, ja,“ wiederholten meine Tanten, die Schneiders- und die Schustersfrau unisono, „das war nicht zum Aushalten!“

Mein Vormund aber, der mich von den Geschäften in seiner finstern Kanzleistube gar ziemlich genau zu kennen die Ehre hatte, mochte nicht ganz dieser Meinung sein. Er hatte der Großmutter einen langen Brief geschrieben, aus dem man mir in betreff meiner nur die schonendsten, zartesten Stellen mitteilte, aus denen ich aber entnahm, daß noch ein ziemliches Gewitter für mich im Anzuge sei, das, wie es am Schluß des Briefes hieß, wahrscheinlich in der Person des Onkels und Vormundes nächster Tage anrücken werde.

Bei der sorgfältigen Behandlung, die man mir angedeihen ließ, machte ich in meiner Genesung rasche Fortschritte, und ich hatte noch nicht ganze vier Tage im Bette zugebracht, so erklärte mich der Doktor außer Gefahr und verordnete mir stärkende Suppen, ein Thema, das bei dem weiblichen Personal zu nicht wenig Streitigkeiten Anlaß gab. Der Arzt, ein dicker, gemütlicher Herr — er trug immer einen blauen Frack und eine weiße hohe Halsbinde — saß alsdann vor meinem Bette und leitete die stürmische Sitzung.

„Ach, Herr Doktor,“ jammerte die Schmiedin, „ich bin nun einmal für die Weinsuppe; ich kann mir nicht helfen, aber ich glaube, daß auf einen geschwächten Magen die Weinsuppe —“ — „Ja,“ unterbrach sie die Schustersfrau; „Weinsuppe mit Rosinen —“ — „Was Weinsuppe!“ fiel meine Großmutter ein, „eine gute Fleischbrühe ist viel kräftiger“ — „oder ein zartes junges Huhn,“ setzte die verwitwete Schneiderin hinzu.

Und nun begannen die Parteien zu streiten; man hörte die Vorzüge der Weinsuppe und Fleischbrühe aufs heftigste verteidigen. Der Doktor hatte alsdann seinen Stock zwischen die Beine gestellt, den Kopf darauf gestützt, und sah lächelnd die Parteien an. Er war ein gar kluger Mann, der Doktor, und bei solchen Gelegenheiten handelte er höchst selten streng durchgreifend, er wartete mit Ruhe den Schluß der Verhandlungen ab und sagte alsdann seine Meinung, die natürlich die Oberhand behielt. Wenn so etwa die äußerste Rechte in der Person der Großmutter die Motion für Fleischbrühe glücklich durchgebracht hatte, und die Schmiedin als äußerste Linke noch ihre einzige Hoffnung auf den Doktor setzte, erhob sich dieser stillschweigend, fühlte mir nochmals an den Puls und sagte ruhig: „Liebe Frau Pastorin, mir scheint, wenn Sie dem Jungen einen tüchtigen Gerstenschleim machen ließen, das wäre das beste.“ — „Ja, ja,“ jauchzte die Schmiedin, um doch nicht unrecht zu behalten, „Weinsuppe oder Gerstenschleim! doch ist das letztere besser!“ Und der Doktor entfernte sich lachend.

Mein würdiger Prinzipal, Herr Reißmehl, hatte sich trotz all den Unbilden, die ich ihm zugefügt, doch zuweilen nach meinem Befinden erkundigen lassen, sogar, wie die Sage aus dem Munde unserer Hausmagd lautete, war eines Nachmittags eine schauerliche Gestalt erschienen, deren Aeußeres, wie sie beschrieben wurde, viel Aehnlichkeit mit Philipp hatte. Ich hätte alle die Besuche darum gegeben, wenn ich nur über das Schicksal meines Freundes Burbus etwas hätte erfahren können. Daß er noch in der Stadt war, mußte ich glauben; er hatte mir ja feierlich versprochen, mich vor seiner Abreise heimzusuchen. Mir war der Doktor wirklich lieb; im Gegensatz zu den dürren, trostlosen Steppen des Reißmehlschen Hauses erschien mir mein Freund wie ein saftiger Rasenplatz, auf dem freilich viel Unkraut wucherte. Neben meiner Freundschaft für ihn quälte es mich auch, etwas über die Laternengeschichte zu erfahren. Wenn ich an das Polizeigericht dachte, überlief es mich kalt, und ich sah den armen Doktor schon im Geiste in den Krallen der heiligen Hermandad. Unter diesen Umständen war es mir ein Bedürfnis, seine Freundschaft für mich den Meinigen gegenüber ins hellste Licht zu setzen. Zuerst eroberte ich das Herz der Schmiedin zugunsten des Doktors; die Schmiedin influierte sofort auf die Tante und es gelang, sogar die Großmutter etwas weniges für ihn einzunehmen. Bei der alten Frau aber tat der Name mehr, als was ich von seiner Persönlichkeit zu erzählen wußte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180511-16/fragment/page=0005

* **Teilweise Freigabe von Baumaterialien.** Die Kriegsamtstellen sind angewiesen worden, soweit eine Wohnungsnot besteht und die Dringlichkeit ihrer Beseitigung nachgewiesen wird, die erforderlichen Bauten wirksam zu unterstützen und die benötigten Baustoffe freizugeben für 1. Um- und Ausbauten zur Zerlegung größerer Wohnungen in kleinere, 2. Fertigstellung stillgelegter Wohnungsbauten, 3. Einzelwohn- und Gruppenhäuserbauten, 4. Kleinwohnungsbauten.

* **Auch für die Kriegsrentner ist eine Teuerungszulage notwendig!** Auf Grund der Beschlüsse seines Verbandstags in Weimar hat der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer an den Reichstag erneut die Bitte gerichtet, unabhängig von der notwendigen Neuordnung des Mannschaftsversorgungsgesetzes sofort eine Teuerungszulage zu den Renten rückwirkend ab 1. Januar 1918 zu bewilligen. In der Begründung der Eingabe wird auf die allgemeine Revisionsbedürftigkeit des Mannschaftsversorgungsgesetzes hingewiesen, aber zugleich hervorgehoben, daß noch immer nicht mit Sicherheit abzusehen ist, wann diese Neuordnung von den gesetzgebenden Faktoren durchgeführt werden wird, — in Aussicht gestellt ist sie bereits seit drei Jahren. Inzwischen gewährt das Reich noch immer den als vollständig erwerbsunfähig entlassenen Kriegsteilnehmern eine Vollrente von 540 Mark im Jahre. Das heißt natürlich, diese Kriegskrüppel schwerster sozialer Not auslisfern. Bei den jetzigen Kosten für Kleidung, Schuhe, Lebensmittel, Heizung und Fahrgelegenheit reicht dieser Betrag natürlich nicht hin und nicht her. Infolge der Teuerung hat sich das Reich gezwungen gesehen, die Familienunterstützung zu verdoppeln und auch die Unfall- und Invalidenrente zu erhöhen. Nur die Militärrentner sind bisher auf Einzelzulagen auf Grund besonderer Hilfsgesuche angewiesen geblieben. Der Reichsbund bittet den Reichstag und den Reichskanzler dringend, den Wünschen derer, die in schwerer Zeit die größten Lasten für die Allgemeinheit getragen haben, nunmehr endlich entgegenzukommen.

* **Zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter** wird von der Polizeiverwaltung folgendes bekanntgemacht: Es besteht die Gefahr, daß durch die in Deutschland jetzt wieder Beschäftigung suchenden Arbeiter aus den bisher russischen und polnischen Gebietsteilen die dort stark verbreiteten übertragbaren Krankheiten, insbesondere Cholera, Pocken und namentlich Flecktieber, in deutsche Landesteile eingeschleppt werden. In ihrem eigensten Interesse werden daher die Arbeitgeber dringend darauf hingewiesen, daß nach den Erlassen des Herrn Ministers des Innern am 15. und 20. April 1918, M. 10 912 und M. 10 584, 1. alle ausländischen Arbeiter sofort nach ihrer Ankunft am Beschäftigungsorte der vorgeschriebenen Pockenimpfung sowie einer gründlichen ärztlichen Untersuchung auf den allgemeinen Gesundheitszustand und nötigenfalls der Entlausung zu unterwerfen, 2. etwaige cholera-, pocken- oder flecktieberverdächtige Personen unverzüglich gehörig abzusondern sind. Auch ist es weiter unbedingt erforderlich, ständig darauf zu achten, daß die ausländischen Arbeiter dauernd läuserei bleiben, da in einer Gruppe verlauster Arbeiter das Flecktieber schnell große Verbreitung finden kann, während unter läuserfreien Arbeitern seine Einschleppung entweder überhaupt keinen Schaden anrichtet oder höchstens zu ganz wenigen Erkrankungen führt. Noch jüngst hat der Ausbruch von Flecktieberepidemien unter den verlausten russischen und polnischen Arbeitern in einigen landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben zu schweren Schädigungen dieser Betriebe durch lange dauernden Ausfall zahlreicher Arbeitskräfte und mehrfache Todesopfer unter den leidenden deutschen Persönlichkeiten geführt.

* **Gestohlen** wurden während der ersten Maiwoche: 45 Damas-Windeln, je 80 × 80 Zentimeter groß, gestempelt „Sgl. Kl." und eine Jahreszahl; ein weißer gestreifter Bett- und ein Kopfkissenbezug; ein weißleinenes Bettuch, sämtlich rot gez. „M. S."; ein Kopfkissen mit rot- und blaugestreiftem Inlett; eine Tischdecke aus rotem Plüsch mit grauer Kante; eine silberne Herren-Remontoiruhr mit Nickelkette, auf dem Rückdeckel „H. S." und im Innendeckel „H. Spindler, Eisenberg" graviert; neun mattgoldene Krawattennadeln mit kleinen blauen und roten Steinen; etwa ein Dutzend Perlmutter-Manschettenknöpfe; ein Herren-Fahrrad, Marke „Wanderer", Nr. 197 699, schwarzlackierter Rahmen und Felgen, Freilauf mit Rücktrittbremse, Filzpedale, Ueberbezug 84, Korkgriffe; 4 neue kurze Seitengewehre, 2 Offizierdolche und ein kurzes Offizierseitengewehr.

* **Sachdiebstahl.** Am Mittwoch sind aus einer Wohnung in der Linksgartenstraße 16 leere Säcke und 1 Korb gestohlen worden. Beschuldigt wird ein Mann, der eine Handgrasmähmaschine mit sich führte, Kartoffeln zum Kauf anbot und wie folgt beschrieben wird: Etwa 32 Jahre alt, groß, kräftig, blondes Haar, blonden Schnurrbart, bekleidet mit Mütze, blauer Jacke, grauer Hose. Wer zur Ermittlung dieses Mannes oder der gestohlenen Sachen Angaben machen kann, wird ersucht, sich bei der Kriminalabteilung (Dreyhauptstraße 4) Zimmer 36 oder 37 zu melden.

* **Auf seiner Verfolgung** ließ ein Dieb in der Bismarckstraße eine kleine, weiße Terrine mit eingelassener Butter und einen braunen Topf mit Fett zurück. Der Eigentümer wird ersucht, sich schleunigst bei der Kriminalpolizei (Dreyhauptstraße 4) Zimmer 71 oder 73 zu melden.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute Sonnabend „Flachsmann als Erzieher", Sonntag abend 7 Uhr zum erstenmal „Die Rose von Stambul", Operette von Leo Fall. Die die Sonntagsaufführung bis auf einige Plätze im Oberring ausverkauft ist, hat sich die Leitung des Stadttheaters entschlossen, bereits von heute an Eintrittskarten für die zweite Aufführung, die Freitag, den 17. Mai stattfindet, auszugeben. Als Volksvorstellung zu ganz kleinen Preisen wird Sonntag nachmittag 3 Uhr Schillers „Kabale und Liebe zur Aufführung kommen. Die nächste Wiederholung des „Dreimäderlhaus" ist auf Montag festgesetzt.

Bühneneinrichtungen von Leopold Sachse an auswärtige Bühnen. Von der Direktion des Stadttheaters wird uns mitgeteilt: Die Bühneneinrichtung zu Mozarts „Cosi fan tutte" on Leopold Sachse (erschienen bei Breitkopf & Härtel, Leipzig) wurde vom Mozarteum in Salzburg zur Aufführung angenommen. Ferner diente die Neueinrichtung der Straußschen „Ariadne auf Naxos" durch Leopold Sachse als Grundlage für die in diesem Jahre erfolgte Erstaufführung des Werkes am Hoftheater in München. Die Sachsischen Entwürfe wurden auf Veranlassung von Dr. Richard Strauß der Münchner Generalintendanz zur Verfügung gestellt.

Zoologischer Garten. Auch in diesem Jahr hat sich die Verwaltung entschlossen, den Konzertgarten im Zoo an den konzertfreien Tagen künftig von 2 Uhr nachmittags an zum unentgeltlichen Besuch freizugeben. Dem Publikum wird somit Gelegenheit geboten, den schönen, schattigen Konzertgarten aufzusuchen, ohne dafür Eintrittsgeld zahlen zu müssen. Die Kasse, an der die Karten zum Besuche des Tierparkes gelöst werden, befindet sich am Bärenzwinger.

Aus der Provinz.

Merseburger Ueberlandbahnen A.-G.
Zur Industrialisierung des Merseburger Industriegebiets.

Die Provinzialverwaltung ist jetzt mit einem Verkehrsprojekt hervorgetreten, das die weiteste Aufmerksamkeit nicht nur von Merseburg, sondern auch der ganzen umliegenden Städte verdient. Es läuft darauf hinaus, durch die Gründung einer Merseburger Ueberlandbahnen A.-G. die ganze Umgegend dieser Stadt verkehrspolitisch in großzügiger Weise zu erschließen und so einer umfassenden Industrialisierung, mit dem Leuna-Werk als Mittelpunkt, zugängig zu machen.

Das Verkehrsprojekt selbst zunächst sieht folgendermaßen aus: Abgesehen von der Verbindung der Merseburg—Müchelner Bahn mit der Halle—Merseburger dürfte in erster Linie notwendig werden, eine Straßenbahn von Roßbach über Kayna nach Merseburg, 9,5 Kilometer lang, von Merseburg nach Dürrenberg, etwa 8 Kilometer lang, und von Ammendorf nach Schkeuditz, etwa 16 Kilometer lang, ferner die Verlegung eines zweiten Gleises zwischen Merseburg und Ammendorf zu bauen; in zweiter Linie eine Verbindung von Ammendorf nach Schafstedt über Lauchstedt, eine Verlängerung von Dürrenberg nach Lützen, und schließlich die Verlängerung der Strecke Merseburg—Roßbach nach Weißenfels in Aussicht zu nehmen.

Das tragende Unternehmen ist in folgender Weise projektiert: Es sollen 50 Proz. Aktien der Merseburger Ueberlandbahnen-Gesellschaft, die sich im Eigentum der Diskonto-Gesellschaft befinden, erworben werden, die Halle—Merseburger Straßenbahn im ganzen angekauft und mit der Merseburger Ueberlandbahnen-Gesellschaft verschmolzen werden. Die vergrößerte Gesellschaft, welche den Namen Merseburger Ueberlandbahnen-Gesellschaft beibehält, wird den gesamten Straßenbahnbetrieb übernehmen und den Ausbau des ganzen Straßenbahnnetzes in oben angegebenen Richtungen je nach den Bedürfnissen vornehmen. In die Aktiengesellschaft der Merseburger Ueberlandbahnen-Gesellschaft sollen die Kommunalverbände die überwiegende Majorität besitzen und die A. E. G. mit etwa 40 Proz. beteiligt sein. Die Diskonto-Gesellschaft hat sich zum Verkauf ihrer 50prozentigen Aktien der Merseburger Ueberlandbahnen-Gesellschaft bereit erklärt und ein bis zum 1. Juni 1918 befristetes Angebot gemacht. Wegen der Halle—Merseburger Straßenbahn sind Verhandlungen eingeleitet, bei denen sich die Besitzer gleichfalls zum Verkauf bereit erklärten. Es ist beabsichtigt, die neue Gesellschaft mit 2,5 Millionen Mark Aktienkapital auszurüsten und den Rest von rund 2,5 Millionen Mark durch Darlehen zu beschaffen. Der Kreisausschuß Merseburg hat sich bereit erklärt, einen Betrag von 400 000 Mark, der Magistrat der Stadt Merseburg einen Betrag von 250 000 Mark und der Kreisausschuß des Kreises Querfurt den Betrag von 50 000 Mark sowie das der Provinz gehörende Elektrizitätswerk Sachsen-Anhalt 75 000 Mark, zusammen also 750 000 Mark in Aktien zu übernehmen. Die Gewerkschaft Michel hat die Uebernahme von 75 000 Mark Aktien in Aussicht gestellt; ebenso sind Verhandlungen mit dem Kreisausschuß des Saalkreises eingeleitet, der sich beteiligen will.

Der Merseburger Kreistag hat bereits die Beteiligung des Kreises mit 500 000 Mark und seinen Eintritt in den zwischen der Provinzialverwaltung und der A. E. G. abgeschlossenen Vertrag beschlossen.

•

Ablieferung von Honig durch die Imker.

In Ausführung des Erlasses des Preußischen Staatskommissars für Volksernährung vom 5. Februar 1918 (demzufolge im Wirtschaftsjahre 1918/19 die Verteilung des Bienenzuckers an die bindende Verpflichtung geknüpft ist, daß der Imker diejenige Menge Honig zum Höchstpreise an die staatliche Honigvermittlungsstelle zu liefern hat, die einem Drittel der erhaltenen Zuckergewichtsmenge entspricht) wird jetzt angeordnet:

Alle Imker, die Zucker erhalten haben, müssen die hiernach vorgeschriebene Honigmenge an diejenige Stelle, von der aus das geschah, bis spätestens 15. November 1918 frachtfrei abliefern. Jedoch ist eine frühere Ablieferung erwünscht. Der Honig ist in sauberem flüssigem Zustande der Sammelstelle zu übergeben. Für die Echtheit des Honigs haftet der Ablieferer. Streitigkeiten über die Qualität des Honigs entscheidet ein von der Honigvermittlungsstelle zu gestellendes Schiedsgericht endgültig. Die Sammelstellen teilen der Geschäftsabteilung der Honigvermittlungsstelle in Posen, Neue Gartenstraße 66, die eingegangenen Mengen unter Angabe der Ablieferungen am Schlusse eines jeden Monats mit. Der Imker erhält von dem Empfänger des Honigs innerhalb zwei Wochen nach Empfang der Sendung durch Vermittelung der Sammelstelle 2.75 M. pro pro Pfund Schleuderhonig und Honig ähnlicher Güte, und 1.75 M. pro Pfund Seim- und Preßhonig. Die Sammelstelle hat für ihre Tätigkeit gegenüber dem Empfänger des Honigs Anspruch auf eine Vergütung von 0.10 M. pro Pfund. Die Sammelstelle sendet auf Anweisung der oben genannten Geschäftsabteilung der Honigvermittelungsstelle den Honig auf Kosten und Gefahr des Empfängers in den ihr zur Verfügung gestellten Gefäßen an die aufgegebene Adresse. Der Honig ist unfrankiert als Eilgut durch die Bahn oder der Sendungen bis zu 10 Pfund durch die Post abzusetzen.

Alle Anmeldungen von Sammelstellen oder sonstige die Honigvermittelung betreffenden Mitteilungen sind an die oben genannte Geschäftsabteilung der Honigvermittelungsstelle zu senden.

Merseburg. Die Verhandlungen des Kreistages über das neue Verkehrsprojekt, von dem wir an leitender Stelle berichten, brachten im einzelnen folgendes: Landrat Freiherr v. Wilmowski, der wegen der Wichtigkeit der Angelegenheit aus Brüssel gekommen war, wies auf die große Bedeutung hin, die die Erwerbung der Bahnen auch für die Behebung der ernst werdenden Wohnungsnot in Merseburg hat, und begrüßte vor allem den vorgesehenen Bau der Strecken Merseburg—Dürrenberg sowie Ammendorf—Schkeuditz, der nur noch eine Frage von wenigen Tagen sei. Dankbarkeit gebühre der Provinzialverwaltung dafür, daß sie sich entschlossen habe, in dieser wichtigen Verkehrsfrage einzugreifen und den Kommunalverbänden Gelegenheit zur Beteiligung zu geben sowie den Abgeordneten für die Unterstützung des Unternehmens. Landesbaurat Linsenhoff von der Provinzialverwaltung erläuterte das Projekt und teilte mit, daß es sehr schwer war, an die Besitzer der vorhandenen Bahnen heranzukommen. Bei den Unterhandlungen war die Provinz von dem Bestreben geleitet, in dem Unternehmen zusammen mit den Kommunalverbänden soviel Einfluß zu gewinnen, daß sie auch den späteren Bau neuer Linien mitbestimmen kann. In dieser Beziehung sei man davon überzeugt, daß neben dem zweigleisigen Ausbau der Strecke Merseburg—Halle die Seitenstrecken Merseburg—Dürrenberg, Kayna—Roßbach und Ammendorf—Schkeuditz zunächst in Angriff genommen werden. Die Leunawerke wünschen, daß die Strecke Merseburg—Leuna schon zum Herbst fertig ist. Erster Bürgermeister Hertzog (Merseburg) wies darauf hin, daß der Kreis Merseburg das größte Interesse an dem Unternehmen habe, da die Bahnlinien sich fast durchweg in seinem Gebiete befinden, nur daß der maßgebende Einfluß der Kommunalverbände gesichert sein müsse. Darum sei auch die erhöhte Beteiligung gerechtfertigt. Kammerherr Exzellenz v. Trotha (Schkopau) regte an, bei der Legung des zweiten Gleises auf der Strecke Merseburg—Halle dieses Gleis zwischen Merseburg und Schkopau zum mindesten nach dem Seitenweg zu legen. Die Berücksichtigung wurde zugesagt, desgleichen die Anregung eines Vertreters aus Schkeuditz, auch wegen der Rentabilität die Linie Ammendorf—Schkopau gleich für den Güterverkehr einzurichten. Damit war die Aussprache beendet. Die Vorlage gelangte, wie mitgeteilt, einstimmig zur Annahme.

— **Ausbau des Gaswerkes.** Der Magistrat hat beschlossen, für das Städtische Gaswerk, in der dieser Tage plötzlich ein Ofen explodierte und infolgedessen gänzlich abgerissen werden mußte, zwei neue Oefen von der Firma Kloemm in Dortmund zu je 98 700 M. anzukaufen.

Merseburg. Der Magistrat hat beschlossen, eine Stadtbaurat-stelle zu begründen, deren Inhaber volle Hochschulbildung besitzen soll und besoldetes Magistratsmitglied ist. Als Gehalt wird, vorbehaltlich der Zustimmung des Bezirksausschusses, 5200 bis 8200 Mark, steigend von 3 zu 3 Jahren um je 500 M., und außerdem ein Wohnungsgeld von 800 M. festgesetzt.

— **Schuhdiebstahl.** Ein „zeitgemäßer" Diebstahl ist während der letzten Nächte in einem Gasthaus am Markt verübt worden. Fast sämtlichen Zimmerzästen wurden die Fußbekleidungen, die wie üblich vor die Türen gestellt waren, gestohlen. Von dem Diebe fehlt jeder Anhalt. Es ist begreiflich, daß dieser Diebstahl sehr unangenehme Situationen unter den Gästen hervorrief.

— **Von Kleinbauern,** die Brachland bepflanzt haben, das nicht durch Einfriedigungen geschützt werden kann, wird lebhaft geklagt, daß die frische Saat häufig von Kindern zertreten wird, so daß die Bebauer um den Ertrag der oft nur mit vieler Mühe angepflanzten Früchte gebracht werden. Eltern und Lehrer werden daher gebeten, Kinder zu ermahnen, bebaute Flächen nicht zu betreten und sie über die Schädigungen, die sie durch ihr Tun verursachen, aufzuklären.

Weißenfels. Große Schuhnot. Da den Kommunalverbänden vom Hauptverteilungsausschusse neue Schuhe nicht mehr zugewiesen werden dürfen und der vorhandene Bestand völlig aufgebraucht ist, kann die städtische Schuhkammer von jetzt an neue Schuhe nicht mehr verabfolgen. Auch getragene Knaben- und Damenschuhe der Größen 36 bis 40 sind nicht mehr vorhanden, dahingehende Anträge können daher ebenfalls nicht mehr berücksichtigt, getragene Schuhe anderer Größen für die Zukunft nur noch in dringendsten Bedürftigkeitsfällen abgegeben werden. Anträge sind im Rathause, Zimmer Nr. 18 zu stellen. — Hierzu spricht der Magistrat noch folgende Mahnung aus: Die der Stadt für die bedürftige Bevölkerung zur Verfügung stehende Lebermenge geht auf die Neige. Die Lederknappheit ist, wie überall, eine sehr große. Es wird daher jedem im eigenen Interesse dringend ans Herz gelegt, mit dem Schuhwerk möglichst sparsam umzugehen. Vor allen Dingen empfehlen wir den Eltern, darauf zu achten, daß das Schuhwerk der Kinder nicht durch für die jetzige ernste Zeit unnötigen Sport, wie Fußballspielen, Tauspringen usw., erheblich früher gebrauchsunfähig gemacht wird.

Bitterfeld. Einführung der Billettsteuer. In der vorigen Stadtverordnetensitzung war angeregt worden, auch in unserer Stadt eine Eintrittskartensteuer einzuführen. Durch die großen Ausgaben während der Kriegszeit machen sich neue Einnahmequellen nötig. Die Angelegenheit war dem Gemeindesteuerausschuß zur Vorberatung übertragen und dabei zugleich eine Prüfung der alten Ordnung betreffend die Erhebung von Lustbarkeitssteuern im Bezirk der Stadt Bitterfeld vorgenommen worden. Der Steuerausschuß hatte sich nun einstimmig für die Einführung der Eintrittskartensteuer in Höhe von 20 v. H. entschieden. Der Gastwirtsverein hatte eine Eingabe dagegen eingereicht, in der er sich besonders dagegen wandte, daß die Höhe den Verhältnissen einer Provinzialstadt nicht entspreche. Die Stadtverordneten genehmigten jetzt die neue Ordnung mit allen gegen eine Stimme.

— **Zur Behebung des Wassermangels.** Durch die erweiterte Wasserleitung und die Abgabe von Wasser an verschiedene umliegenden Gemeinden, sowie die Weiterausbreitung unserer Industrie und den Tagebau der Grube „Leopold" hat sich schon im Vorjahre ein Zurückgehen des Wasserstandes unseres Wasserwerkes gezeigt. Dies macht sich besonders während der Sommermonate recht fühlbar und ist dringend Abhilfe nötig, um Stadt und Industrie genügend mit Wasser zu versorgen. Jetzt werden täglich 4800 Kubikmeter Wasser gefördert. Der Wasserwerksausschuß hat in Berücksichtigung dieses Uebelstandes beschlossen: 1. Es sind Versuchsbohrungen bis zu 35 Meter Tiefe vorzunehmen; 2. es soll ein neuer Versuchsbrunnen von 40 Meter Tiefe nebst den erforderlichen Rohrleitungen angelegt werden; 3. außerdem ist ein neuer Senkbrunnen nebst elektrisch betriebener Behelfspumpe anzulegen. Verschiedene Firmen waren zur Abgabe von Angeboten aufgefordert worden, doch ist nur ein Angebot von der Firma Smreker in Berlin eingegangen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf etwa 60 000 M. Die nicht von der Stadt selbst auszuführenden Arbeiten sollen an die genannte Firma vergeben werden. Der Magistrat ist dem Beschlusse des Wasserwerksausschusses beigetreten. Die Stadtverordneten gaben ebenfalls ihre Zustimmung und bewilligten 60 000 M. aus den Rücklagen des Wasserwerks.

Bitterfeld. Neue Brotkarten. Von Montag, 13. Mai, an werden die Brot-, Brotzusatz- und Weißbrotkarten ungültig. Mit diesem Tage treten neue Karten in Kraft. Die Brotkarte besteht aus gelbem Karton mit grünfarbigem Untergrunddruck (Adler), die Zusatzkarte besteht aus weißgrauem Karton mit grünfarbigem Untergrunddruck (Adler). Die Weißbrotkarte lautet vom 13. Mai an auf 450 Gramm Weißbrot bestehend aus grünem Karton mit grünfarbigem Untergrunddruck (Adler). Für die Stadt Bitterfeld sind die neuen Brotzusatzkarten von Donnerstag, 9. Mai an gültig.

Wittenberg. Stadtverordnetensitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wandte sich Stadtrat Schneider als verantwortlicher Leiter der Kleidersammelstelle in entschiedener Weise gegen die in der Stadt verbreiteten Gerüchte über hohe Gewinne dieses gemeinnützigen Unternehmens, und Stadtv. Gerecke bestätigte auf Grund der in die Bücher genommenen Einsicht diese Ausführungen. — Unter Aufhebung des am 5. März gefaßten Beschlusses setzte die Versammlung das Gehalt und die Anstellungsbedingungen für die Stelle des Stadtbaurats von neuem fest. Danach soll dieser beziehen: ein Anfangsgehalt von 6000 Mark, zwei Zulagen von je 800 Mark, einen Wohnungsgeldzuschuß von 800 Mark und Teuerungszulagen entsprechend denen der Staatsbeamten. Die übrigen Punkte betrafen in der Hauptsache Geldbewilligungen, u. a. für Beschaffung eines Dienstfahrrades für eine Krankenschwester, 2000 M. zur Herrichtung einer Wohnung für die Wirtschaftsdame des Krankenhauses, eine Mehrforderung von 856 M. für Reinigen und Heizen des Rathauses, ferner eine Nachforderung von 4500 M. an den Unternehmer der neuen Brunnenlage beim Wasserwerk, eine Nachforderung von 1061 M. zur Deckung eines Vorschusses der Schauamtskasse. — Nach der Tagesordnung beschwerte sich der Stadtv. Schwarze über die mangelhafte Lieferung von Gas und den geringen Gasdruck, der sich namentlich in den entfernteren Bezirken unangenehm fühlbar macht. Als Kommissionsmitglied führte Herr Stadtv. Grefse den Nachweis, daß der Uebelstand seine Ursache in der geringen Lieferung von Kohlen und deren schlechter Beschaffenheit habe. Magistrat, Kommission und Leitung des Gaswerks hätten alles getan, um die Lage zu bessern, bisher aber leider ohne Erfolg.

— **Unterschlagung.** Der bei dem Bierhändler und Mineralwasserfabrikanten Walter beschäftigte Hausbursche Kurt Heisig zog auch gleichzeitig die von den Kunden dafür zu entrichtenden Beträge ein. Dabei unterschlug er 200 M und wurde nun in Haft genommen.

Gewerkschaftliches.

Ein Entgegenkommen an die Gewerkschaften.

Das stellvertretende Generalkommando in Kassel hat verfügt, daß bei gewerkschaftlichen Versammlungen in Zukunft die Anmeldepflicht fortfällt und gewerkschaftliche Mitteilungen nicht mehr der Vorzensur unterliegen. Die neuen Bestimmungen lauten: Bei gewerkschaftlichen Versammlungen genügt eine fristlose Anzeige vor Beginn der Versammlung. Ausgenommen von der Anmeldepflicht sind Versammlungseinladungen und sonstige Veröffentlichungen der Gewerkschaften, soweit sie deren Angelegenheiten betreffen. Die übrigen Versammlungen und Veröffentlichungen bleiben der Anmeldepflicht 48 Stunden vor dem Stattfinden oder der Ausgabe unterworfen. Dieses Entgegenkommen an die Gewerkschaften sollte allen Generalkommandos als Beispiel dienen.

•

Kriegslöhne der Bauarbeiter.

Der Deutsche Bauarbeiterverband hat vor einigen Monaten eine Erhebung über die Bauarbeiterlöhne in ganz Deutschland vorgenommen. Stichtag für die Angaben war der 8. Dezember 1917. Seitdem ist eine weitere Teuerungszulage von 10 Pf. in Kraft getreten und eine neue Teuerungszulage von 5 Pf. durchgesetzt. Die Löhne stehen jetzt im allgemeinen also 15 Pf. höher als zur Zeit der Erhebung. Um aber die Lohnsteigerung im Kriege auszurechnen, müssen wiederum 8 Pf. abgezogen werden, die schon vor dem Kriege zugestanden waren.

Nach der Erhebung, die 90 000 Bauarbeiter erfaßte, und alle Orte ergriff, beträgt der durchschnittliche Stundenlohn der Maurer 95,7 Pf. oder 87,6 Prozent mehr als vor dem Kriege; der der Hilfsarbeiter 55 Pfennig oder 88,9 Prozent mehr als vor dem Kriege. Der durchschnittliche Stundenlohn der Erdarbeiter 82,5 Pf., der Betonarbeiter 103,7; der Stuckateure 140,6; der Fliesenleger 144,4; der Isolierer 113 und der Spezialmaurer 100,7 Pf. Daneben erhielten in allen Berufsgruppen noch etwa ein Fünftel der Berufstätigen eine besondere Aufwandsentschädigung für Arbeiten außerhalb des Wohnortes.

Ganz grob im allgemeinen wird man also sagen können, daß der Geldlohn der Bauarbeiter heute durchschnittlich doppelt so hoch ist wie vor dem Krieg. Daß die Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel stärker gestiegen sind und die Kaufkraft des Bauarbeiterlohnes also demnach geringer ist als vor dem Krieg, versteht sich am Rande.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180511-16/fragment/page=0006

Nr. 19 | Illustriertes Unterhaltungsblatt | 1918

Vor Adam

Ein vorgeschichtlicher Roman
von Jack London.

(Fortsetzung.)

Eines Spätnachmittags erhob sich ein großer Lärm im Dorfe. Ein gewaltiger Schrecken schien die ganze Horde ergriffen zu haben. Die Klippe wimmelte von Leuten, die alle nach Nordosten deuteten. „Großzahn" konnte sich das nicht enträtseln, kletterte aber vorsichtshalber zu seiner eigenen hochgelegenen sicheren Höhle hinauf, bevor er Umschau hielt. Und da erblickte er, zum erstenmal in seinem Leben, fern im Nordosten, jenseits des Flusses, ein geheimnisvolles Etwas — eine Rauchsäule. Das war das größte Tier, das er jemals erblickt hatte. Er glaubte, es wäre eine ungeheure Riesenschlange, die aufgerichtet und mit hoch emporgerecktem Halse, weit über das Wipfelmeer hinwegschaute und hin- und herschwankte.

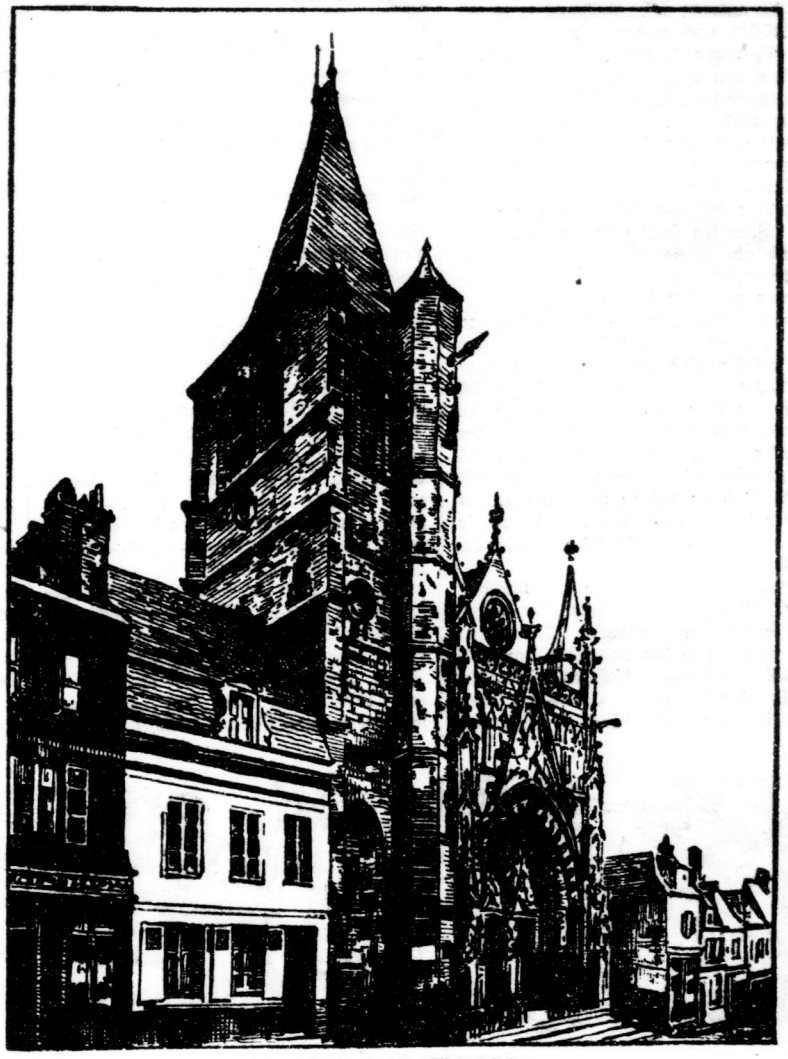
Bald aber merkte er aus dem Benehmen seiner Volksgenossen, daß die Rauchsäule selbst nicht eigentlich die Gefahr bilden könne, sondern daß ihre Furcht von etwas anderem herrührte, das wohl damit irgendwie zusammenhing. Was es war, konnte er nicht erraten, keiner konnte es ihm erklären. Er sollte bald die richtige Aufklärung erhalten und merken, daß es ein furchtbarerer Feind war als Löwen, Tiger oder Schlangen, furchtbarer als das schrecklichste Untier, das seine Horde je bedroht hatte.

*

Ein anderer junger Hordengenosse, der wie die beiden Freunde für sich wohnte, war „Zahnlück". Seine Mutter lebte zwar in demselben Dorfe, aber zwei andere Kinder waren nach ihm geboren und hatten ihn aus der Familie verdrängt. Der Schlußakt dieser Tragödie hatte sich einige Tage nach den eben erzählten Vorfällen abgespielt, zum großen Gaudium der Horde. „Zahnlück" wollte nicht gehen. So oft seine Mutter ihre Höhle verließ, schlich er sich zurück. Fand sie ihn beim Nachhausekommen in der Höhle, so gab es ergötzliche Szenen. Die halbe Horde wartete auf diese Vorstellungen. Gewöhnlich ließ sich zuerst ihr Kreischen und Keifen in der Höhle vernehmen. Dann folgte das Klatschen von Schlägen, begleitet von „Zahnlücks" Geheul. Bald mischte sich das Geplärr der jüngeren Kinder hinein. Und schließlich flog „Zahnlück" wie aus einem Vulkan geschleudert aus der Höhle hervor.

Es dauerte mehrere Tage, ehe sich der Junge mit seiner Ausstoßung aus der Familie aussöhnte. Der arme Heimatlose saß zum Schlusse mindestens eine halbe Stunde lang auf dem offenen Platze und heulte seinen Kummer in die herzlose Welt hinaus. Dann kletterte er hinauf nach der Höhle der beiden Freunde und winselte dort um Einlaß. Die Kammer war zwar eng, aber drei Jungen konnten sich darin wohl zusammendrücken. Lange kann der Verwaiste wohl nicht dort Unterkunft gefunden haben. Wenigstens deutet „Großzahns" Erinnerung auf einen bald darauf erfolgten Unfall.

Das Unglück geschah um die Mittagszeit.



Die Kathedrale von Montdidier.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180511-16/fragment/page=0007

Des Morgens hatten alle drei Freunde ein Rübenfrühstück eingenommen. Darauf hatten sie sich in ein Spiel vertieft und waren dabei, ihrer gewöhnlichen Vorsicht entgegen, auf die großen Bäume jenseits des Rübenfeldes geraten. Selbst „Hängohr" vergaß sich dabei. Im heiteren Fangespiel jagten sie einander über die starken Aeste, hoch in den Baumkronen. Mit Leichtigkeit übersprangen sie Entfernungen von drei bis fünf Metern. Ein Fall von sieben bis acht Metern machte ihnen keine Sorgen. In jener Urperiode waren ja die Hordenmenschen wie aus Gummi und Sprungfedern zusammengesetzt. Erst im späteren Alter wurden sie steifer und mußten mehr Vorsicht gebrauchen.

„Zahnlück" bewies eine erstaunliche Behendigkeit bei diesem Spiel. Nur selten konnten ihn seine Freunde einfangen. Einen schwierigen Sprung besonders erfand er, den ihm die beiden anderen nicht nachzumachen wagten. Er lief auf das Ende eines hohen Astes hinaus, wohl fünfundzwanzig Meter über dem Boden. Ungefähr sieben Meter weiter nach unten und fünf Meter seitwärts ragte ein anderer Baumast hervor. Sonst war nichts im Wege, was seinen Fall hätte mildern können. Jedesmal wenn die beiden Freunde hinter ihm her auf den obersten Ast hinausliefen, fing er an, diesen auf und ab zu wippen. Natürlich hielt er damit die anderen auf. Während er so mit dem Rücken nach außen wippte, wie auf einem Sprungbrett, maß er die Entfernung nach dem Aste unter ihm. Waren die beiden Freunde dicht bei ihm, dann ließ er sich plötzlich abschnellen. Er überschlug sich in der Luft, drehte sich seitwärts, und landete auf dem unteren Ast, mit dem Gesicht nach dem Stamme des anderen Baumes gewandt. Der untere Ast bog sich tief unter seiner Last. Zuweilen knackte er drohend, brach aber nie ab. Gleich darauf grinste „Zahnlück" triumphierendes Gesicht aus dem Blättergewirr nach den beiden hinauf.

Eben wippte er wieder auf dem oberen Aste. „Großzahn" war dicht hinter ihm her. Plötzlich stieß „Hängohr" einen leisen Warnungsruf aus. „Großzahn" sah sich nach seinem Freunde um und erspähte ihn in der Hauptgabel des Baumes, dicht an den Stamm gedrückt. Unwillkürlich drückte sich auch „Großzahn" fest an den starken Ast. „Zahnlück" hörte auf zu wippen, aber der Ast war im Gange und wippte weiter, so daß sein Körper im raschelnden Laube auf und ab hüpfte.

Unten im Walde knackte ein trockener Zweig. Gleich darauf erblickte „Großzahn" seinen ersten Feuermenschen. Der Mann schlich geduckt und leis durch das Unterholz und spähte nach oben. Auf den ersten Blick hielt ihn der Junge für ein wildes Tier, denn ein zerlumptes Bärenfell hing um

Hans S. Beham: Tanzende Bauern.

Hüften und Schultern des Jägers. Dann wurden die Hände und Füße sichtbar, und seine Gesichtszüge zeigten sich deutlicher. Er sah dem Stamme „Großzahns" sehr ähnlich, nur war er weniger behaart und die Füße sahen weniger Händen ähnlich. In der Tat war die Haut dieser Menschenart fast unbehaart; wie ja schon die Höhlenbewohner im Verhältnis weniger Haarwuchs zeigten als die Baummenschen.

Instinktiv zuckte durch „Großzahns" Hirn die Erleuchtung: das ist der Schrecken aus dem Nordosten, den die Rauchschlange neulich ankündigte! Gleich darauf aber wunderte sich der Junge wieder. Dieser Mensch sah gar nicht gefährlich aus. „Rotauge"

Rosenbrechen.

Die Röslin sind zu prechen zeit,
Derhalben precht sie heut,
Und wer sie nicht im Sommer pricht,
Der prichts im Winter nicht.

Volkslied.

oder irgendein Starker der Horde war diesem Menschlein sicherlich mehr als gewachsen. Außerdem war dieser Mann alt und runzelig. Sein Haar umrahmte Gesicht und Kopf mit weißen Strähnen. Er hinkte stark. Offenbar konnten die drei Freunde weit schneller laufen und sicherlich weit besser klettern. Dieser Mensch konnte die Jungen nie einfangen, das war gewiß.

Die Hände dieses Menschen umspannten ein Stück Holz und eine dünne gerade Rute. Das waren Bogen und Pfeil. Doch „Großzahn" kannte diese Dinge nicht. Woher sollte er wissen, daß in diesem krummen und in diesem geraden Holze der Tod lauerte? „Hängohr" dagegen wußte es. Allem Anschein nach hatte er schon früher die Bekanntschaft des Feuerstammes gemacht und kannte dessen Eigenarten. Der Feuermensch spähte nach ihm herauf und umkreiste den Baum. „Hängohr" kreiste vor ihm her über der Baumgabel, um den gewaltigen, schützenden Baumstamm zwischen sich und dem Jäger zu halten. Dieser kreiste plötzlich in der entgegengesetzten Richtung herum. „Hängohr", unversehens überrascht, kreiste zwar auch schnell anders herum, aber ehe der Baumstamm ihm genügend Schutz bieten konnte, hatte der Jäger schon einen Pfeil auf ihn abgeschossen. Der Pfeil schnellte empor, verfehlte sein Ziel, glitt an einem Ast ab, und fiel auf den Boden zurück. „Großzahn" tanzte entzückt auf seinem hohen Aste hin und her. Es war ein Spiel! Der Feuermensch warf offenbar im Spiel etwas nach „Hängohr", wie es die Jungen so oft miteinander getrieben hatten.

Dieses Spiel ging noch eine Weile so fort, doch „Hängohr" gab sich keine Blöße mehr. Der Feuermensch ließ von ihm ab. „Großzahn" lehnte sich weit über seinen Ast hinab und schnatterte den Menschen an, um ihn zu weiterem Spiel einzuladen. Der Mensch sollte mit dem Ding nach ihm werfen und ihn treffen, wenn er konnte. Nach einem kurzen Blick auf „Großzahn" wandte sich der Mensch gegen „Zahnlück". Dieser wippte noch immer unfreiwillig sachte auf seinem Astende.

Wieder schnellte ein Pfeil in die Höhe. „Zahnlück" schrie vor Schreck und Schmerz auf. Der Pfeil hatte ihn getroffen. Jetzt bekam die Sache freilich ein anderes Aussehen. „Großzahn" verlor auf einmal die Lust zum Spielen und kauerte sich zitternd auf dem Aste nieder. Ein zweiter und ein dritter Pfeil zischten zu „Zahnlück" hinauf, gingen aber fehl. Sie raschelten durch das Laub, beschrieben einen Bogen durch die Luft und fielen wieder auf den Boden. Der Feuermensch spannte seinen Bogen von neuem. Er veränderte seine Stellung, machte mehrere Schritte rückwärts, und wechselte nochmals seinen Standort. Die Bogensehne erklang, hoch schoß der Pfeil, und „Zahnlück" fiel mit einem entsetzlichen Schrei vom Aste. Wie ein Rad überschlug er sich. Es sah aus, als bestände er aus lauter Armen und Beinen. Die Spitze des Pfeiles ragte aus seinem Rücken hervor, das andere Ende aus seiner Brust.

Laut kreischend sauste er die fünfundzwanzig Meter auf den Boden hinab. Mit einem hörbaren Dröhnen schlug er unten auf. Seine Knochen krachten. Noch einmal schnellte er kurz auf und fiel dann in sich zusammen. Trotzdem lebte er noch, denn er zuckte und wand sich, und schlug mit Händen und Füßen um sich. Der Feuermensch rannte mit einem großen Stein auf ihn zu und hämmerte ihm den Schädel ein.

Dann begann die Flucht durch den Urwald. Der Feuermensch, „Zahnlück" und der Unglücksbaum lagen hinter ihnen. Angsterfüllt und äußerst vorsichtig glitten sie durch die Baumkronen. Ein brennender Schmerz in seinem rechten Bein lähmte „Großzahn". Kein Wunder! Ein Pfeil

Hans S. Beham: Tanzbeginn.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180511-16/fragment/page=0008

des Feuermenschen hatte seinen Oberschenkel durchbohrt und war darin stecken geblieben. Bei jedem Schritt rieb der Pfeil in der peinigenden Wunde hin und her und machte es für den Verwundeten unmöglich, mit „Hängohr" Schritt zu halten.

Schließlich konnte „Großzahn" nicht weiter. Erschöpft hockte er sich in einer sicheren Baumgabel nieder. „Hängohr" merkte es nicht und floh weiter. Erst als der Verwundete kläglich hinter ihm herrief, machte er Halt und schaute sich um. Dann kam er zurück, kletterte zu seinem Freunde hin und untersuchte den Pfeil. Zunächst versuchte er das Geschoß herauszuziehen, aber auf einer Seite war die widerhakige Spitze, auf der anderen der gefiederte Schaft im Wege. Die bloße Berührung des Pfeiles tat dem Verwundeten so weh, daß er die Hand seines Gefährten festhielt.

Ratlos hockten sie eine Weile still: „Hängohr" war aufgeregt und wollte fort. Aengstlich blickte er ununterbrochen nach allen Seiten. „Großzahn" winselte und schluchzte leise. Obgleich „Hängohr" vor Angst zitterte, blieb er doch bei seinem Freunde. So zeigte sich schon in der Urzeit der Keim jener Nächstenliebe, der Anfang jener Kameradschaft, die den Menschen zum mächtigsten aller Tiere machen sollte.

Noch einmal versuchte „Hängohr" den Pfeil durch das Fleisch zu ziehen, doch „Großzahn" fiel ihm ärgerlich in den Arm. Dann beugte sich „Hängohr" über den Pfeil und begann mit den Zähnen daran zu nagen. Mit beiden Händen hielt er das Geschoß fest, so daß es nicht in der Wunde reiben konnte, und „Großzahn" klammerte sich fest an seinen Freund. Es war ein vielsagendes Bild, welches die beiden jungen Urmenschen darboten, der eine sein egoistisches Furchtgefühl bemeisternd und tapfer bei seinem Freunde aushaltend, der andere, verwundet, mit kläglich träumerischen Augen in die Ferne starrend, als könnte er etwas von jener Zukunft voraussehen, die Rettungsstationen, Rote-Kreuz-Schwestern, Märtyrer, Führer auf verlorenen Posten und sonstige Betätigungen der Nächstenfürsorge zeitigen sollte. Wer kann wissen, ob die Kraft solcher Menschen nicht aus den elementaren Kräften „Großzahns", oder „Hängohrs" oder ähnlicher Waldbewohner stammte?

Nachdem „Hängohr" die Pfeilspitze abgenagt hatte, ließ sich der Schaft leicht herausziehen. „Großzahn" erhob sich und wollte die Flucht fortsetzen. Doch nun hielt ihn sein Freund fest. Die Wunde blutete stark. Einige kleine Adern waren wohl zerrissen. „Hängohr" lief bis zum Ästende und riß eine Handvoll grüner Blätter ab, die er in die Wunde stopfte. Sein Zweck war erreicht, denn die Blutung ließ bald ganz nach. Ruhiger setzten nun die Freunde ihre Flucht fort und erreichten auf Umwegen ihre sichere Höhle. (Fortsetzung folgt.)

Lebensweisheiten.

Die Gestalt des Menschen ist der Text zu allem, was sich über ihn empfinden und sagen läßt. (Goethe.) — Gerechtigkeit gibt jedem das Seine, maßt sich nichts Fremdes an, setzt den eigenen Vorteil zurück, wo es gilt, das Wohl des Ganzen zu wahren. (Ambrosius.) — Es wäre wenig in der Welt unternommen worden, wenn man nur immer auf den Ausgang gesehen hätte. (Lessing.)

Hans Tirol: Aufständische Bauern.

Mittelalterliche Bauerndarstellungen.

Das Leben der Bauern im Mittelalter war reich an Arbeit, Bedrängnissen und Leiden. Die drei Stände, Bauern, Bürger und Adel lebten in Fehde miteinander; Bauernkriege und -unruhen waren an der Tagesordnung. Das Los der Bauern war besonders erschwert durch die Tatsache, daß fast aller Boden im Besitz der Klöster und des Adels war. Die Herren drückten die Bauern durch das Recht auf Jagd und Fischfang, das ihnen allein gehörte, durch Abgabeforderungen an Korn, Vieh, Eiern, Käse usw. Erfüllten die Bauern diese Pflichten nicht, so bestrafte man sie, indem man ihnen Frondienste auferlegte wie Wachen, Fuhren usw. Oder man nahm ihnen zur Strafe Vieh ab und entzog ihnen sogar ihre Kleider. Da die Bauern des Schreibens nicht mächtig waren, durften ihre Peiniger alles Mögliche über sie schriftlich berichten und verbreiten, ohne daß sie sich dagegen wehren konnten. Städter und Adelige stellten die Bauern als roh, boshaft, falsch, verschwenderisch und schwelgerisch dar. Zu diesen beiden letzten Behauptungen kamen sie durch die Sitte der Bauern, Hochzeiten und andere Feste auf sehr derbe, ja wilde Art zu feiern. An solchen Tagen erholten sich diese Unterdrückten von ihren Leiden, indem sie in vollen Zügen genossen, den Tafelfreuden bis zur Völlerei zusprachen und wilde Tänze aufführten. Es sind eine Menge zeitgenössischer Darstellungen solcher Festszenen aus dem Bauernleben überliefert. Besonders häufig finden sich tanzende Bauern dargestellt. Prachtvolle derartige Zeichnungen hat Albrecht Dürer gegeben u. a. in den Randleisten zum Gebetbuch des Kaisers Maximilian, das wir bei früherer Gelegenheit nachbildeten. Diese drallen, hochgeschürzten Bäuerinnen mit ihren derben Tänzern sind voller Bewegung und intensivster Tanzfreude. Von einem Schüler Dürers, dem Hans Sebald Beham, stammen die beiden Holzschnitte, die wir abbilden (1500 bis 1550). Beham, der als Kupferstecher und Zeichner für den Holzschnitt in Nürnberg, später Frankfurt lebte, gehört zu den sogenannten „Kleinmeistern". Seine Tanzenden sind nicht so lebendig wie diejenigen Dürers, doch verraten auch sie Lust und Freude. Auf dem ersten Bilde sehen wir sie paarweise zum Tanz antreten, und zwar scheint es sich um einen getanzten Umzug an einem Zaun entlang zu handeln, und nur das letzte Paar hält sich wie zum Rundtanz umschlungen. Das zweite Bild zeigt eine Aufforderung zum Tanz. Wir sehen, wie zwei Burschen sich Tänzerinnen aus der Schar der wartenden Mädchen holen, während die Uebriggebliebenen, die Mauerblümchen, die in diesem Fall an einem Zaun lehnen, mit teils neugierigen, teils neidischen Blicken den Abgehenden folgen. Die Musikanten mit den primitiven Instrumenten, Dudelsack und Flöte, sind voller Eifer an der Arbeit. — In eine andere Stimmung führt die Zeichnung des Hans Tirol: Aufständische Bauern. Ernsthaft beratend, als Waffen ihre Geräte bei sich führend, sind die Bauern hier versammelt.

Die mittelalterlichen Holzschnitte und Kupferstiche hatten den besonderen Zweck, Ereignisse und gewisse Vorkommnisse im Volk, welches des Lesens unkundig war, zu verbreiten. Sie erfüllten so gewissermaßen die Aufgabe einer Zeitung. Auf den Märkten und vor den Kirchtüren wurden sie in großen Mengen verkauft und ausgetauscht. Feuersbrünste, Wassersnöte, Mordtaten, Aufstände, Kriege usw. wurden auf diese Weise in ihrer bildlichen Darstellung unter das Volk gebracht. Daß auch Albrecht Dürer, dem es zeitweise bitter schlecht erging, solche Stiche und Holzschnitte entwarf, die seine Frau, auf den Märkten herumziehend, verkaufte, wird berichtet.

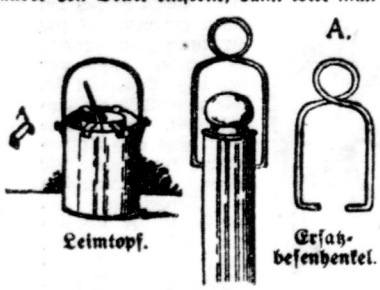
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180511-16/fragment/page=0009

Einer etwas späteren Zeit als die hier Genannten gehören die großen niederländischen Bauerndarsteller an, Teniers, Brouver, Jan Steen und Ostade. Letzterer gibt in seinen Bildern vorzügliche Sittenschilderungen aus dem bäuerlichen Leben, besonders in seinen kräftigen Wirtshausszenen. Mit dem Namen eines großen niederländischen Malers ist der Bauernstand eng verbunden worden. Der „Bauernbrueghel" hat in seinen prachtvollen Bildern fast nur Szenen aus dem Bauernleben geschildert: Bauernhochzeiten, Bauernt" .e, Bauern im Schlaraffenland usw. Auu, Rubens malte eine Bauernkirmes und einen Bauerntanz.

In der modernen Zeit haben die Bauern einen wundervoll mitfühlenden und innigen Darsteller in Jean François Millet gefunden, der selbst ein Bauernsohn aus der Normandie, sich völlig in die ländliche Natur und in das Empfinden der Landleute hineinversetzen konnte. Sein „Angelusläuten", seine „Aehrenleserinnen", seine „Hirten" und andere Bilder aus demselben Milieu, die man in Reproduktionen überall antrifft, sind ein Beweis für seine Bodenständigkeit. e. s.

Aus allen Ecken

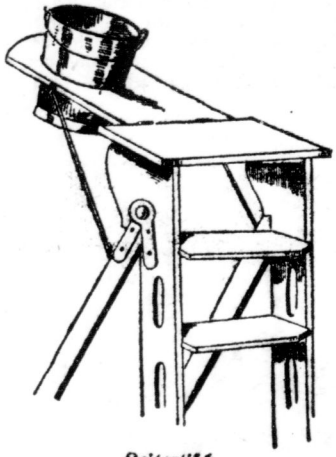
Praktische Winke für den Haushalt. Um das Zufallen der Fenster zu verhindern, bringt man an ihnen einen Fensterschutz an. Man nimmt ein Stück Bandeisen (B), welches doppelt gebogen und mit Löchern versehen wird. Ein runder Draht wird (Abb. A) gebogen und durch das Bandeisen geführt. Letzteres wird dann am Fensterschenkel angeschraubt. Oeffnet man das Fenster, so biegt man den Draht herunter und dieser verhindert das Zuschlagen des Fensters. — An jeder beliebigen Stehleiter kann eine tischartige Vorrichtung angebracht werden. Diese besteht aus einer starken Holzplatte, welche in der Mitte einen runden Ausschnitt erhält, in welchen ein Eimer hineinpaßt. Durch Scharniere wird die Platte an der obersten Stufe der Leiter befestigt. Seitlich wird je eine Oese angebracht; ebenso wird an jeder Stütze der Leiter eine Oese befestigt. An letzterer wird je ein langer Haken (Feuerhaken) angebracht. Wird die Tischplatte zum Fensterputzen gebraucht, so wird einfach der Haken in die Oesen der Platte eingehakt. Beim Nichtgebrauch wird der Haken ausgehakt und die Platte einfach heruntergelassen. — Einen Leimtopf aus zwei Konservenbüchsen stellt man sich her, indem man zunächst aus je einer größeren und einer kleineren Büchse sauber den Deckel entfernt; dann lötet man



Leimtopf. Ersatz-besenhenkel.

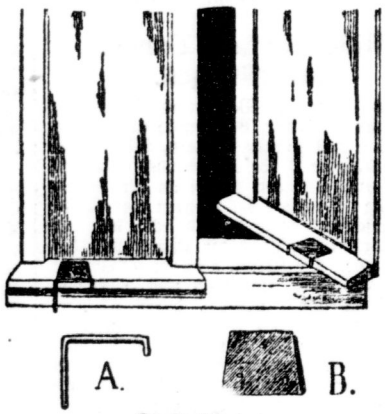
an die kleinere vier Streifen Zinkblech (Abb. A), und zwar so, daß die umgebogenen Enden über den Rand der größeren greifen. An die größere Büchse werden zwei Oesen gelötet; durch beide führt ein Henkel. In die größere Konservenbüchse kommt beim Gebrauch Wasser, in die kleinere Leim; der im Wasserbade gekochte Leim kann niemals anbrennen. — Schließlich verweisen wir noch auf einen Ersatz-Besenhenkel. Hierfür nimmt man stärkeren Draht, biegt ihn (Abb. A) oben zu einer Schlinge, die Enden nach innen gerichtet. Durch die Holzstiele bohrt man oben ein Loch und führt hier die Enden der Henkel ein. o. g.

Freskomalereien kannte bereits das Altertum. Im alten Aegypten übte man diese Art der Wandmalerei und das Griechenland der Antike führte sie mit großer Kunst aus. Blieben nun von diesen griechischen Fresken auch keine erhalten, so sind doch bei den Ausgrabungen von Pompeji und Herkulanum eine Menge derartiger Arbeiten zutage gekommen, die uns, als Kopien der griechischen Originale, wertvolle Ueberlieferungen sind. Die Antike malte ihre Bilder nicht auf Leinwand, sondern direkt auf die Wandflächen, und zwar in der



Leitertisch.

Art, daß das eigentliche Bild, meist eine Szene mit Figuren, in dem Mittelfeld der Wand stand, von einer rohen, bandartigen Linie umgrenzt, während die übrigen Felder mit reichem Arabeskenschmuck versehen waren. Auf diese Weise war ein Innenraum auf die schönste und harmonischste Art belebt und geschmückt. — Das frühe Christentum wandte die Freskomalerei in den Katakomben an. Zur Blüte kam die Wandmalerei im Mittelalter, wo man Kirchen und Klöster in reicher Weise damit schmückte. Die Freskomalerei eignet sich ja ganz besonders für die Verwendung an großen öffentlichen Bauten. Zu ihrer Herstellung ist es notwendig, daß die Mörtelschicht, auf der mit Wasserfarben gemalt werden soll, noch feucht ist. Es kann deshalb nur immer eine so große Wandschicht mit Mörtel bedeckt werden als der Maler voraussichtlich an einem Tage bemalen kann. Der Künstler muß vorher einen naturgroßen genauen Karton anfertigen der dann auf die frische Wand gepaust wird. Ein Verbessern ist, wenn die Farbe getrocknet ist, nur möglich, indem der Mörtel wieder entfernt und durch



Fensterschutz.

frischen ersetzt wird. Es gilt also die Farben, die auf dem feuchten Mörtel ganz anders wirken als später in getrocknetem Zustand, von vornherein richtig zu treffen. Die großen Renaissancekünstler pflegten die Freskomalerei, so vor allem Michel Angelo, dessen Deckengemälde in der Sixtinischen Kapelle des Vatikans zu so großer Berühmtheit kamen. Das Wandgemälde des jüngsten Gerichts in derselben Kapelle ist gleichfalls ein Werk Michel Angelos, während die Fresken an den übrigen Wänden von anderen großen Meistern stammen. — Auch Corregio und Raffael haben wundervolle Fresken geschaffen. Im 18. Jahrhundert wurde die Freskomalerei weniger angewendet, erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts brachte sie Cornelius zu neuen Ehren. Künstler wie Overbeck, Schwind, Schlakel (nach dessen Entwürfen die Arbeiten am Alten Museum zu Berlin hergestellt wurden) schufen monumentale Fresken für Kirchen, Schlösser, Theater und Kunsthallen. Unter den modernen Malern sind es vor allem Böcklin und Hodler, die große Freskowerke ausführten. e. s.

Schach.

Bearbeitet vom Vorsitzenden des Deutschen Arbeiterschachbundes.

Nr. 9

Sergeant Alfred Schubert im Felde.

Matt in 2 Zügen.

Weiß:	Schwarz:
Kb8, Dc2, Td2, e5, Le3, f5, Sd4. Bauern a3, a5, g3.	Kd6, Td5, Le1, Sf7. Bauern a7, c4, c6, h6.

Lösung Nr. 8 M. Katzorke. 1. Se7—d5, e6×d5, 2. Dd6—e7‡. 1. . . . . La5—d8, 2Sd5—c3‡. 1. . . . . beliebig 2Sd5—f6‡.

Spanisch.

Weiß: K. Schirm.	Schwarz: Rosenthal.
1. e2—e4 e7—e5	7. La4—b3 Se6—a5?
2. Sg1—f3 Sb8—c6	8. d2—d4! e5×d4
3. Lf1—b5 Sg8—f6	9. e4—e5! d6×e5
4. 0—0 d7—d6	10. Sf3×e5 Lc8—e6
5. Tf1—e1 a7—a6	11. Se5×f7 Ke8×f7
6. Lb5—a4 b7—b5	12. Lb3×e6†. Aufgegeben.

Diese Partie wurde kürzlich im Café Kerkau gespielt. Der Führer der Weißen ist der Sieger im Jugend-Schachturnier.

„Lachschach". Das Buch von Paul Schellenberg ist, wie wir vom Verlag erfahren, mit einem Teuerungszuschlag von 25 Proz. bedacht worden und kostet 3,50, nicht 2,80 Mk.

Schachnachrichten. In Neukölln haben sich junge Leute unter 18 Jahren zu einer Schachabteilung zusammengefunden. Diese Abteilung hat sich dem Berliner Arbeiter-Schachklub angeschlossen. Gespielt wird vorläufig Sonntagvormittags 10 Uhr. Spiellokal: „Neues Klubhaus", Hermann-, Ecke Schierkestraße, bei Meisel. Gäste und Anfänger stets willkommen. Unterricht wird erteilt.

Alle Schachsendungen sind zu richten an R. Oehlschläger, Berlin N., Hochstädterstr. 10.

Nachdruck des Inhalts verboten! Verantwortl. Redakteur L. Salomon-Lessen, Berlin. (Alle für die Redaktion bestimmten Sendungen sind zu richten nach Berlin, Lindenstr. 3.) Verlag Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co., Hamburg. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519180511-16/fragment/page=0010